

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 4. Dezember 1930
12. Jahrgang. Nummer 283

Versteht Inhalt mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis: Wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Postlohn = 60 Pf. monatlich 1,10 Mk. + 50 Pf. Postlohn = 1,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk. unter Streifen 2 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Die gedruckte Wochenschrift über deren Namen 12 Pf. Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf. Kellamerspreis: Die druckfertigen Wochenschriften über deren Namen im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseratentnahme in der Hauptredaktion um 5 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Telefon 480 09. Verlagsleitung: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Telefon 480 08. Druckerei: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Telefon 480 08. Druckerei: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Telefon 480 08. Druckerei: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Telefon 480 08.

Vor dem Bürgerkrieg?

350 schwerbewaffnete Faschisten verhaftet und entlassen — Kriegslager im Jäschlowitzer Schloß — Gefundener Marschbefehl — Polizei versucht bereits zu vertuschen — Nazischwindel über geplanten Kommunistenputsch — Mehrere Genossen bereits verhaftet

Nur vor Redaktionsschluss erhielten wir gestern den Bericht über die Verhaftung von 150 Nazis im Schloß Jäschlowitz. Inzwischen ist die Zahl der Verhafteten bereits auf über 350 gestiegen. Im Zusammenhang mit gewissen Meldungen aus Berlin gewannen diese Verhaftungen am Tage nach der Einleitung der faschistischen Diktatur durch die Brüning-Regierung im Auftrage Hindenburgs eine gewaltige Bedeutung.

Diese Bedeutung wuchs, als der Umfang der Verhaftungen sich unausgesetzt steigerte und bereits am Nachmittag bekannt geworden war, daß die Zahl der Verhafteten auf über 300 gestiegen war.

Am Spätnachmittag wurde in einer Sitzung im Polizeipräsidium über das Ergebnis folgendes bekanntgegeben: Die Zahl der Verhafteten betrug inzwischen 350. Im Schloß Jäschlowitz war ein Lager für 450 Mann hergerichtet. Sämtliche Verhafteten waren aus Breslau.

Im Tornister wurde ein Marschbefehl gefunden, wonach die Nazis sich um 18 Uhr mit Sturmgeschütz, Proviant, Gefahrschuhen, zu melden hatten.

In der Nähe ist eine Übung durchgeführt worden, die von Polizeibeamten beobachtet worden war. Zeugen konnten bekunden, daß nachts Schiffe gefahren sind. Was in dieser Sitzung noch weiter gesagt wurde, darauf kommen wir noch weiter unten zurück. So weit der Polizeibericht. Auch wenn wir uns nicht in einer politischen Situation befinden würden, die wir eingangs angedeutet haben, kände ohne weiteres fest, daß es sich bei diesen Massenverhaftungen und was damit in Zusammenhang steht, nicht handeln kann um einen von irgend-einem Putschisten ausgehenden Plan, so einen kleinen Putsch zu riskieren.

Über durch die derzeitige politische Lage bekommt natürlich das Ganze ein wesentlich anderes Gesicht. Es signalisiert eine Zuspitzung der politischen Lage, die wie ein Fanal für die Arbeiterschaft den Weg beleuchtet, auf dem wir uns befinden. Es kann nicht der geringste Zweifel darüber obwalten, daß wir es hier mit einem absolut sicheren und zuverlässigen Anzeichen des herausziehenden Bürgerkrieges zu tun haben.

Reichswehraufmarsch in Breslau

Wir haben gestern die Anfrage unserer Reichstagsfraktion über die Reichswehr veröffentlicht, die ganz bestimmt im engsten Zusammenhang mit den Dingen steht, die sich vorgestern und gestern in Breslau abgespielt haben. Unterdrückt wird diese unsere Behauptung auch durch den Aufmarsch der Reichswehr in Breslau, der am selben Tage vor sich ging, an dem die Breslauer Nazis im Feldlager des bekannten Putschisten von Delfen eingetroffen waren. (Der inzwischen auch verhaftet sein soll.) Die Reichswehr von Breslau marschierte, begleitet von Polizei, durch die Arbeiterviertel Breslaus.

Brünings Hungeretat im Reichstag eingebracht

Berlin. Der Reichstag trat am Mittwoch zusammen, um die Begründung der faschistischen Brüning-Diktatur zu ihrem Ende entgegenzunehmen. Das Reichstagsgebäude glückte wieder einer belagerten Festung. Grzejinski hatte mit einem gewaltigen Aufgebot von Polizei durch mehrere Korps im weiten Umkreis jeden Zugang zum Reichstag abgesperrt. Ein Symbol der faschistischen Diktatur! Das „soveräne“ Reich darf mit seinen Vertretern nicht in Berührung kommen!

Genosse Torgler erhob namens der kommunistischen Fraktion scharfen Protest gegen die Verhängung des großen Belagerungsstandes über den Reichstag und beantragte sofortige Zurückziehung der Polizeitruppen. Die Beratung und Beschlußfassung über diesen Antrag wurde durch Widerspruch aus den Reihen der SPD. verhindert.

Dann ließ der Finanzminister Dietrich, von den Kommunisten mit Spitznamen als Hungerminister begrüßt, zur Begründung der Hungeretat die faschistischen Brüning-Diktatur gegen die Werkstätten der Reichstagsverwaltung gemäß, die ihm unter der

Wenn man nachträglich versuchen wird, diesem Marsch einen formellen Charakter zu geben, so darf sich die Arbeiterschaft dadurch nicht täuschen und einlassen lassen, ebensowenig durch die bereits eintreffenden Vertuschungsmanöver.

Polizei bei der Vertuschung

Wir wiesen bereits kurz darauf hin, daß der amtliche Polizeibericht nicht ganz vollständig war, den wir bereits wiedergegeben haben. Während am ersten Tage von der Polizei selbst gemeldet worden war, daß es sich um

schwerbewaffnete und feldmarschmäßig ausgerüstete Leute handelt, ließ es gestern über den Befund der Ausrüstung, daß nur zwei Karabiner, einige Pistolen, etwas Munition, Tornister, Spaten und 1000 Stahlhelme gefunden wurden.

Diese Meldung ist in mehr als einer Hinsicht interessant. Tausend Stahlhelme waren noch da, aber an Waffen sind nur noch ganze zwei Karabiner gefunden worden. Nimmt man jetzt hinzu, daß inzwischen der größte Teil der Verhafteten bereits wieder entlassen worden ist, dann bekommt die Aktion bereits einen anderen Sinn. Wir werden uns darüber noch in den nächsten Tagen des näheren auslassen; nur das eine sei hier bereits mit aller Deutlichkeit gesagt: wir werden dafür sorgen, daß diese Probeübung für den

Neue Linie im Vertuschungsmanöver der Polizei

Wir haben in der Spitze auf die merkwürdige Tatsache hingewiesen, daß die Polizei in dem Kriegslager so außerordentlich wenig gefunden hatte. Außer den etwas verdächtigen 1000 Stahlhelmen, von denen gesagt wurde — und zwar mit einem Schein von Glaubwürdigkeit — daß diese 1000 Stahlhelme in einem Geschäft in Berlin gekauft sein können, war der Befund einfach direkt lächerlich. Das scheinen gewisse Stellen auch eingesehen zu haben, und so wurde heute folgender „Fund“-Bericht von der Polizei herausgegeben:

Bei den in Jäschlowitz festgenommenen Nationalsozialisten wurden im ganzen folgende Waffen festgestellt: 3 Militärgewehre, 5 Karabiner, 2 Jagdgewehre, 3 Leuchtpistolen, 21 Revolver und Pistolen, 2 Leuchtpistolen, 2 Schreckschusspistolen, außerdem 500 Schuß Munition Gewehr Modell 88, 80 Schuß Munition Modell 71, 362 Schuß Pistolen- und Revolver-Munition, 30 Schreckschussmunition, 1 Sprengkapsel, 77 Seitengewehre und Dolche, 36 Totschlagger und Gummiknüppel, 85 Spaten und 2 Beile, 6 Schlagringe, 4 Schraubenschlüssel, 1 Fernglas, 1 Gasmaske. Auch wurde Munition mit abgefeigten Köpfen, sogenannte Dum-Dum-Geschosse, gefunden. Bisher wurden 321 Personen dem Polizeipräsidium vorgeführt, die aber in den späten Abend- und Nachstunden wieder entlassen wurden. Nach dieser Liste bekommt das Kriegslager noch bei weitem nicht

genovestehenden Bürgerkrieg von der Arbeiterschaft so verstanden werden wird, wie sie der Wirklichkeit entspricht, und nicht, wie man sie jetzt bereits versucht auszuliegen.

Brüder u. Hitler wollen auch vertuschen

Ähnlich wie die Polizei bereits versucht, die Gefahr für die Arbeiterklasse, die aus Anlaß dieser Nazi-Aktion in Erscheinung trat, zu vertuschen, tun dasselbe die Nazis. Sowohl Herr Hitler, als auch die Gauleitung der Nazis in Schlesien unter Brüder, lassen Erklärungen los, in denen sie von der Aktion offen abtrüben und sogar scharfe Maßnahmen gegen solche Nazis ankündigen, die daran beteiligt sind. Auch dieses Manöver muß die Arbeiterklasse durchkreuzen, um so mehr, als auch der Versuch unternommen wird, die Kommunisten in die Geschichte einzuschreiben. Die Aktion soll jetzt sogar mit einem beabsichtigten Putsch der Kommunisten in Zusammenhang gebracht werden.

Gestern ist auch bereits eine Anzahl unserer Genossen verhaftet worden. Das zeigt noch viel deutlicher als wie von uns eingangs erwähnt, um was es in Wirklichkeit geht. Wir werden morgen noch eingehend auf die Sache zurückkommen. Für heute schließen wir mit der Mahnung an alle Genossen, sich der ganzen Größe der Gefahr bewußt zu bleiben.

Höchste Alarmbereitschaft ist das Gebot der Stunde!

das richtige Gesicht. Aber es sieht doch bereits wesentlich anders aus. Anschließend an den „Fund“-Bericht meldet die Polizei die Verhaftung von fünf Genossen, die mit Waffen angetroffen worden sein sollen. Sollte das zutreffen, dann wird man daraus vergeblich den Schwindel stützen können, daß es sich um einen Kommunistenputsch handelt. Angesichts der sich so zuspitzenden Gefahren und der sich ständig steigenden Frechheiten der Nazis, ist es etwas anderes, wenn sich Arbeiter zu schützen suchen gegen Mordüberfälle, als wenn einige Hundert Nazis bei einem von Delfen Kriegslager beziehen.

Kleiner Belagerungszustand in Chemnitz

Wir haben gestern kurz berichtet, daß in Chemnitz die Straßenbahn in den Streik getreten sind. Darauf hat die Polizeiverwaltung teilweise den Betrieb besetzt, zwei Betriebsräte verhaften lassen, und am Nachmittag wurde der kleine Belagerungszustand verhängt. Es kam im Verlauf des Streiks zur Zerschlagung von Waggons über die Straßenbahnseile. An zwei Stellen der Stadt machte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch und feuerte in demonstrative Absicht auf die Straßenbahner. Nach der bürgerlichen Presse soll es diesen Gewaltmaßnahmen gelungen sein, einen teilweisen Abbruch des Kampfes herbeizuführen.

2000 Schuharbeiter im Streit

Der Streik der Steppereiabteilung und einiger anderer Abteilungen in der Schuhfabrik Hoffmann in Elze ist auf die gesamte Belegschaft verdrängert worden.

Es gehen jetzt also etwa 2000 Schuharbeiter im Streit gegen Lohnabbau. Der Unternehmer hat versucht, einen Lohnraub von 20 bis 30 Prozent zu diktiert, und wollte die Männerlöhne auf das ungleiche Lohnniveau der Frauen herabdrücken. Das hätte für die Männer einen Lohnraub von 33 Prozent bedeutet.

Die reformistische Bürokratie setzt Reichsbanner-Kollektiven gegen die Anhänger und Gegner der SPD. in den Streikversammlungen ein. Der Streik hat für die gesamte Schuharbeiterschaft Deutschlands bei dem zentralen Vorgehen der Unternehmer in den einzelnen Betrieben auf Abban der Löhne erhöhte Bedeutung und verpflichtet alle Schuharbeiter zu erhöhter Wachsamkeit und zur beschleunigten Streikleitung.

Faschismus, das ist verschärkte Kriegsgefahr

Militärpakt Deutschland-Frankreich?

Im Schatten des drohenden Krieges gegen die Sowjetunion — Deutsche und französische Generale über gemeinsame militärische Ziele — Die Nazis als Landsknechte

Der Moskauer Prozeß gegen die konterrevolutionären Schädlinge und die Kriegstreiber hat die Kullissen zur Seite gerufen, die bisher gelehrt die geheimen Pläne der Imperialisten verdeckten. Die Presse des Bürgertums und der Sozialdemokratie will es nicht wahr haben, was wir Kommunisten den Arbeitern immer wieder sagen:

Je mehr sich die kapitalistische Weltwirtschaftskrise zuspitzt, desto rascher treibt die Welt einem neuen Krieg entgegen.

Da die strategischen Pläne der Generalstabe und die kriegerischen Ziele des Imperialismus Dinge sind, die man nicht auf dem offenen Markt verhandelt, sondern heimlich vor den Augen des Feindes in stillen Kellern verbergt, so ist es verständlich, daß selbst manche Arbeiter sich täuschen lassen. Aber dann werden plötzlich Tatsachen bekannt, die in ihrer Eindringlichkeit das Kriegsgespinnst allen sichtbar machen. So im Moskauer Prozeß. So in den beiden Nachrichten, die soeben aus Paris gemeldet werden.

Wieder der französische Generalstab

Die „France Militaire“, das amtliche Organ des französischen Generalstabes, veröffentlichte in den letzten Wochen eine Artillerie der als Antibolschewisten bekannten Amateurpolitikers und Millionärs Reichberg, dessen Einfluß auf die deutsche Politik in der letzten Zeit häufig gelehrt ist. Wir erinnern daran, daß Reichberg erst vor einigen Wochen die bekannte Debatte um ein deutsch-französisches Militärbündnis zwischen dem französischen Publizisten Gustave Hervé und Hitler-Hugenberg vermittelte. Die damaligen Vorschläge hat Reichberg nunmehr auch in der amtlichen französischen Zeitschrift wiederholt. U. a. schlägt Reichberg eine Aufrüstung der deutschen Reichswehr im Verhältnis 3:5 zur französischen Armee bei gleicher Rekrutierung, Ausrüstung und Bewaffnung beider Armeen vor. Ein gemeinsames Oberkommando, konstituiert aus deutschen und französischen Generalen, mit dem Recht der Befehlsgebung sowohl der deutschen als der französischen Armee, soll gebildet werden. Bei Reichberg weiß man, wo man dran ist. Schon im Jahre 1928 schlug er eine deutsch-französische Armee, damals unter dem Oberkommando Ludendorffs, vor, um die Herrschaft der Bolschewiki in der Sowjetunion zu krönen. Auch diesmal läßt Reichberg keinen Zweifel darüber, daß dieses Bündnis gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Er spricht es offen aus.

Bemerkenswert ist nun, was das amtliche Organ des im Moskauer Prozeß aus schwerer Schuldigen französischen Generalstabes abschließend zu diesen ganz offenen Kriegsplänen gegen die Sowjetunion sagt. Das Blatt schreibt:

„Wenn sich die deutsche Regierung die Politik, welche Reichberg vorgeschlagen hat, zu ihrer eigenen macht, dann ist es sehr wahrscheinlich (!), daß die deutsch-französische Einigung, die Reichberg vorschlägt, Schritt für Schritt zur Wirklichkeit werden könnte.“

Das ist deutlich. Dabei ist besonders interessant, daß selbst demokratische Blätter in Berlin das Ziel Reichbergs für „diskutabel“ halten. Da Hitler schon vor Wochen seine Sympathie mit diesen Plänen bekundet hat, wird man sich daran erinnern müssen, sobald die Nazis in die Reichsregierung einsteigen. Haben sie sich doch bei den amerikanischen Militärs durch die berüchtigten Interviews Hitlers als besten Schutz für die ausländischen Kapitalanlagen in Deutschland gegen den Bolschewismus angepriesen.

General Hammerstein deckt die Karten auf

Es könnte eingewandt werden, daß Reichbergs Diskussionen inverantwortliche Extraktoren sind. Schon die Tatsache allein, daß das amtliche Organ des französischen Generalstabes ihm seine Spalten zur Verfügung stellt, beweist das Gegenteil. Inzwischen wird aber eine neue Tatsache bekannt, die zeigt, daß auch von deutscher amtlicher Seite aus an demselben Strid gedreht wird, den man dann gemeinsam der Sowjetunion um den Hals legen will. Ueber Paris (!) erfährt man jetzt Auszüge aus einer Rede, die der neue Chef der Heeresleitung, anlässlich des von Berlin Scheidenden Militärattaches, General Lounès, gehalten hat. Wir zitieren nach dem „Echo de Paris“:

„Zwischen Berufsoldaten gibt es unzweifelhaft eine Art internationaler Kameradschaft, die das gegenseitige Verständnis erleichtert... Dieser solchen Verhältnissen, die zu einer ethischen Freundschaft führen kann, steht die deutsche Armee keineswegs ablehnend gegenüber. Ihre Bedingung ist lediglich die Anerkennung des Prinzips der unbedingten Gleichheit.“

Mit anderen Worten: Geben sie uns ein stehendes Heer, beleichten sie die einschneidenden Bedingungen des Versailleser Vertrages für unsere Rüstungen, und wir werden ebenso gehorame wie tapfere Landsknechte im Kampfe gegen den Bolschewismus sein.

Diese Generaldiskussion dürfte nicht zuletzt deshalb von der französischen Presse gerade im jetzigen Augenblick publiziert werden, um angesichts der schweren Beschuldigungen im Moskauer Prozeß gegen den französischen Generalstab eine

Macdonald übt Gastrieg

London, 3. Dezember. „Reynolds News“ enthält in einem längeren Artikel, daß die englische Regierung in der Verhinderung für Gastrieg in Porten in der Grafschaft Wiltshire ausgeübte Versuche mit der Herstellung von Gasen sehr gefährlicher Art anküßte, obwohl England die internationale Gaskriegskonvention unterzeichnet habe. Die Chemiker der Regierung

haben nach einem Gas, das in jede auch noch so gut isolierte Gasmasse eindringen kann.

Die Versuche seien bisher nur mit Tieren gemacht worden. Jetzt würden sie aber auch fast täglich mit Soldaten durchgeführt. Diese erhielten einen Schilling oder einen halben Schilling Belohnung oder Sonderurlaub.

drohende Geste gegenüber der Sowjetunion zu machen. Es ist aber bereits mehr. Es ist ein neuer Beitrag zu den geheimen Kriegsplänen, die zwischen den imperialistischen Generalstäben ausgetauscht werden, mit dem Ziel, die militärische Einheitsfront gegen die Sowjetunion zustande zu bringen.

Die Schatten des drohenden Krieges werden bereits sichtbar. Der „Umbau der Außenpolitik“, von dem Brüning in der letzten Reichsratsagung sprach, für dessen Fundamentierung im Innern des Landes mit Gewalt „Ordnung“ geschaffen werden soll, für den Wangerkreuzer gebaut werden, liegt auf der Linie des festen Bündnisses des deutschen Imperialismus mit den Westmächten und des Bruches mit der Sowjetunion. Darüber kann auch nicht die verschärfte Spannung zwischen Deutschland und Polen hinwegtäuschen. Wir konnten erst vor einigen Tagen nachweisen, daß das Blatt des Reichsanwalters Brüning, die „Germania“, einen offenen Appell an die Öffentlichkeit gerichtet hat, um Polen als „kritischen Staat in die Konterrevolutionären Kräfte gegen die ungeheure Gewalt Herrschaft des Bolschewismus einzugliedern.“ Wenn sich das

deutsche Regierungsblatt bereits heute eine derartige Sprache erlaubt, trotz der angeblich freundschaftlichen Beziehungen des kapitalistischen Deutschland zur Sowjetunion, dann ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Säbel klirren.

Die faschistische Diktatur in Deutschland verschärft die Kriegsgefahr. Die Nationalsozialisten sind abenteuerlich genug, Deutschlands „Befreiung“, wie sie sie verstehen, durch Landsknechtsdienste für den westlichen Imperialismus als Abfindung zu geben, daß durch den Moskauer Prozeß die Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion geringer geworden ist. Jeder Tag des sozialistischen Aufbaues treibt die in der tödlichen Krise sich befindenden Imperialisten vorwärts, den Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion zu beschleunigen. Es liegt in der Linie der faschistischen Entwicklung Deutschlands, daß es als wichtigster kapitalistischer Stützpunkt Mitteleuropas eine erste Rolle in diesem Kriege spielen wird. Die Arbeiterklasse muß mehr denn je auf dem Posten sein! Kampf gegen den Faschismus bis zu seiner Vernichtung — das heißt, Kampf gegen den Kapitalismus und die Kriegsgefahr.

Hitlers SA. und Stahlhelm-Streitbrecher vereint

Der Stahlhelm, die Organisation des Unterdrückers Südtirols, als Mordkomplize der nationalsozialistischen Sturmabteilungen

Die geheime Führerkonferenz der NSDAP, die dieser Tage in München verhandelte, hat, wie wir vorher anfündigen konnten, eine organisatorische Trennung der Sturmabteilungen von der NSDAP beschlossen. Von großer Bedeutung ist, daß gleichzeitig beschlossen wurde, eine enge organisatorische Verbindung zwischen den Sturmabteilungen der NSDAP und dem Stahlhelm herzustellen.

Es sind nur wenige Monate her, da wurde ein harter Wortstreit zwischen den Nationalsozialisten und dem Stahlhelm geführt. Hitler verkündete, daß alle Mitglieder der NSDAP aus dem Stahlhelm austreten müßten, die Stahlhelm-Führerschaft antwortete mit dem umgekehrten Beschluß. Gleichzeitig nahm der Stahlhelm öffentlich gegen die „sozialistischen“ Phrasen der NSDAP Stellung und bekannte sich zum kapitalistischen System. Aber schon nach den Wahlen zeigte sich, daß die „feindlichen Brüder“ wieder einig geworden waren. Der Stahlhelm bezeichnete den Stimmenzuwachs der Nazis als seinen Erfolg. Die nationalsozialistische Presse stellte alle Angriffe gegen den Stahl-

helm ein. Der Beschluß der Führertagung geht nur die organisatorische Konsequenz aus einem schon bestehenden Zustand der engen Zusammenarbeit.

Daß dieser Beschluß aber gerade jetzt kommt, wo der Stahlhelm sich durch die Uebernahme der Stahlhelmpflichte an Mussolini offen für den Unterdrücker Südtirols ausgesprochen hat, zeigt erneut den Verrat der Partei Hitlers an den Deutschen Südtirols.

Der Stahlhelm ist nach wie vor offen eine Schutztruppe des Kapitals. Er hat in allen entscheidenden Kämpfen der deutschen Arbeiterchaft dem Unternehmertum stets Streikbrechergarden zur Verfügung gestellt. Das Bündnis der nationalsozialistischen Sturmabteilung mit dem Stahlhelm beweist abermals, daß alles arbeitervreundliche Gerede der Nationalsozialisten Betrug ist, daß die Sturmabteilungen der NSDAP, dazu bestimmt sind, die gleichen Streikbrechergarden für die Jungausbeuter zu bilden, wie sie im Stahlhelm aufgestellt sind.

Gegen die faschistische Konzentration muß die Konzentration der Kampfkräfte des Proletariats hergestellt werden! Sine in den Kampfband gegen den Faschismus!

Nazi Streikbruchagent

Ein bezahlter Mörder Mitglied der Hitler-Partei

Königsberg, 2. Dezember. Das „Echo des Ostens“, die Königsberger SPD-Zeitung, berichtet aus Rastenburg, daß der Mordkomplize des Rastenburg Mörders und Brandstifters Saffran, Ripuid, eingetriebenes Mitglied der NSDAP ist. Sein Bruder ist ebenfalls Mitglied bei den Nationalsozialisten. Ist die eine Zierde der NSDAP, ein gekannter Tötschläger, so ist der andere besorgnisvoller Streikbruchagent. Als kürzlich in der Ortelsburger Leinenfabrik ein Streik gegen die Hungerlöhne ausbrach, reißte der Nazi Ripuid in der ganzen Umgebung umher und warb für den Unternehmer Arbeiter zum Streikbruch.

Unter anderen warb er auch in Rastenburg Tischler und Steuermacher an, wobei er ihnen allerdings verschwie, daß es sich um Streikbrucharbeit handelte. Als die Arbeiter in Ortelsburg feststellten, daß die Belegschaft sich im Streik befand, lehrten sie die Streikbrucharbeit ab und kehrten nach Rastenburg zurück. Der Unternehmer erreichte dann bei dem Vorkhabenden des Rastenburg Arbeitersamtes, Dr. Müller, einem Sozialdemokraten, daß gegen die Arbeiter wegen Arbeitsverweigerung sechs Wochen Unterhüsungssperre verhängt wurden. So verbündete sich ein Sozialdemokrat mit dem Unternehmer und einem nationalsozialistischen Streikbruchagenten.

Ripuid ist gerade wegen seiner Streikbruchertätigkeit ein von den obersten Instanzen der NSDAP hochgeehrtes Mitglied der Hitler-Partei.

Bermisgrüner Naziüberfall vor Gericht

54 revolutionäre Arbeiter angeklagt

Chemnitz, 3. Dezember. (Eig. Meldung.) Am 28. September marschierten in Bermisgrün (Vogtland) 250 SA-Mitglieder unter Führung des Reichstagsabgeordneten Horn ein, mit der offenkundigen Absicht, die Arbeiterchaft zu provozieren. Die Arbeiter von Bermisgrün veranstalteten eine Gegen demonstration, wobei beide Züge zusammenstießen. Nachdem der größte Teil des Zuges vorüber war, fielen die Nazis über die am Schluß des Zuges marschierenden Demonstranten mit Faustkugeln und anderen Schlaginstrumenten her.

Trotzdem die Nazis vor ihrem Marsch nach Bermisgrün bekanntgegeben hatten, daß sie dort „aufräumen“ und eine „Strafexpedition“ veranstalten wollten, wurden 54 der angegriffenen Arbeiter unter Auflage gestellt, 29 davon befinden sich bis heute noch in Haft. Im Prozeß wurden alle Angeklagten durch die Arbeiter im Justizsaal mit „harmlosen“ Mitteln befreit. Sie verteidigten sich, unterstützt von zwei durch die Note

Hilfe gestellten Rechtsanwälten, wie es sich für Klassenbewußte Arbeiter gehört. Zusammenstöße mit dem Gericht ereignen sich alle Augenblicke. Auf das Ergebnis des Prozesses werden wir noch zurückkommen.

Der evangelische Konkordatsentwurf fertiggestellt

Berlin, 3. Dezember. (Eig. Bericht.)

Der Regierungsentwurf zum Luther-Konkordat ist durch die preussische Regierung fertiggestellt und den Kirchen zugeleitet worden. Trotzdem die kommunistische Fraktion im Preussischen Landtag die sofortige Veröffentlichung dieses Staatsvertrages mit der evangelischen Kirche verlangte, um die Arbeitermassen über dessen Charakter und Inhalt aufzuklären, wurde durch Einspruch der sozialdemokratischen Fraktion diese Veröffentlichung verhindert.

Die gesamte Arbeiterchaft muß gegen die Absicht, ein Konkordat für die evangelische Kirche zu schaffen, Stellung nehmen und besonders die schändliche Rolle der SPD. überaus anprangern.

AGD. im Kampf gegen Streikbruch

Stettin, 3. Dezember. Im Streik der Metallarbeiter gehen die Unternehmer zur Offensive über, nachdem die reformistische Gewerkschaftsbürokratie bisher alles getan hat, die Streikstimmung abflauen zu lassen. Bei der Firma Wankenburg wurde ein Mitglied des Betriebsrates sifflös entlassen. Bis zum Dienstag ist von der Gewerkschaftsbürokratie noch keine Streikversammlung einberufen worden. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat die Streikenden aufgerufen, in allen Betrieben eigene Streikleitungen und eine zentrale Kampfleitung zu schaffen. In den Betrieben ist eine Unterstützungaktion für die Metallarbeiter von der AGD. und der ZAV. eingeleitet worden.

Manteltarif für die sächsische Metallindustrie verbindlich erklärt

Leipzig, 3. Dezember. Nachdem die Nachverhandlungen über den Manteltarif für die sächsische Metallindustrie zu keinem Ergebnis geführt haben, ist der Schiedspruch vom 15. November vom Reichsarbeitsminister jetzt für verbindlich erklärt worden. In diesen Manteltarif ist eine Klausel auf Forderung der Unternehmer hineingearbeitet worden, die es den sächsischen Metallindustriellen auf der ganzen Front erlaubt, einen Lohnabbau durchzuführen.

Eine Lawine des Hungers wälzt sich durch Italien

Sechszehnteliger Lohnraub steigert die Export- und Profitmöglichkeiten der Bourgeoisie — Die ruinieren Kleinrentner sollen ihre Preise senken — „Nieder mit der faschistischen Diktatur“ schallt es von Turin bis Sizilien

Von der italienischen Grenze. Die letzten Gewaltmaßnahmen der faschistischen Diktatur haben einen Massensturm der Verzweiflung und Empörung im ganzen Land hervorgerufen, den einzudämmen Mussolini noch nicht gelungen ist und auch nicht gelingen wird. Die Arbeiter, deren Löhne um acht Prozent gekürzt sind, gehen gemeinsam mit den Arbeitslosen, die teilweise bereits wochenlang ihre jämmerlich niedrige Unterstützung gar nicht bekommen haben, in jeder Stadt zu revolutionären Aktionen über. Der achtprozentige Lohn- und der zehnprozentige Gehaltsabbau ist für die Lebenshaltung der italienischen Arbeitermassen außerordentlich untragbar. Der Plan der Arbeiter hat die Gesamtheit der Werktätigen zu gewaltigen Demonstrationen mitgerissen, die in den letzten Tagen unter anderem in Turin, in Mailand, in Triest, Bologna, Livorno und Verona stattgefunden haben. Sie erreichten eine solche Stärke, daß die Polizei und die faschistischen Garben sich teilweise völlig zurückziehen mußten, weil sie den Ausbruch offener Aufstände befürchteten.

In Turin, wo die Fiat-Werke zum 1. Dezember neue Massenentlassungen vorgenommen hatten, übersetzten die Demonstranten fast täglich die ganze Innenstadt. Am Mittwoch vergangener Woche zogen sie vor die Präfektur, wo sie Polizeiketten durchbrachen und trotz verschiedener Gewehrsalven nicht vom Plage wichen.

Am nächsten Tage begab sich die Masse zum Hauptquartier der faschistischen Organisationen. An der Spitze des Zuges marschierten die Frauen mit ihren Kindern. Als die Polizei die Unmöglichkeit einsah, diese Lawine des Hungers zum Stillstand zu bringen, zog sie sich vollkommen zurück.

Die Forderungen der Massen waren größtenteils bereits klar und bestimmt:

„Hinweg mit der faschistischen Diktatur! — Wir wollen Arbeit und Brot durch den Kommunismus.“

Dazwischen mischten sich aber auch Rufe wie: „Es lebe Mussolini, aber wir wollen Brot!“ die zeigten, daß diese Volksbewegung auch solche Schichten erfasst hat, die sich über ihre politischen Ziele und Forderungen noch nicht im Klaren sind.

Die faschistischen Zeitungen haben angesichts dieser breitesten Massenproteste neben ihren Drohungen gegen die Kleinrentner, die ihre Preise um 12 Prozent herabsenken sollen, auch andere Töne der beweglichen Klagen über die „Unvernunft“ anschlagen müssen. Tatsächlich ist es so, daß

die Kleinrentner am Rande des Möglichen sind und selbst Verzweiflung und Entsetzung diese ruinierten Schichten nicht mehr zu schreien vermögen.

Einen ungeheuren Auftrieb hat der Bewegung gegen den Lohnraub eine Auslassung des Finanzministers de Stefani gegeben, der zugab, daß

die Lohnkürzung keineswegs der Verbilligung der Produkte dienen soll!

Er errechnete eine Einsparung an Produktionskosten um 1 bis 1,5 Milliarden pro Jahr, wofür die italienischen Industriellen

Die siegreiche Rote China-Armee

Hankau, 3. Dezember. (Neuter.) Kommunistische Truppen haben am Sonntag die Stadt Ichangtschi eingenommen, nachdem sie die ihnen von Ichangtschi entgegengeschickten Regierungstruppen geschlagen hatten. Alle Japaner und wahrscheinlich auch die anderen Ausländer haben die Stadt vor dem Eindringen der Kommunisten verlassen.

Peking, 3. Dezember. (Neuter.) Zwischen den ersten Korps der Roten Armee und Regierungstruppen kam es zu heftigen Kämpfen. Auf Seiten der Regierungstruppen sollen zweihundert Mann gefallen oder verletzt worden sein.



Koblenz od. Internationaler Arbeiter-Verband.

(55. Fortsetzung.)

„Du verstärkst die Truppe, die links vom Eisenbahndamm liegt!“ sagte der Kommandant zu Franz Kreuzat. „Sie muß dort irgendwo im Wald liegen!“

Kreuzats Zug bekam einen ortskundigen Führer. Franz sah sich nach Rosa um und rief sie heran. Sie stand auf und kam näher. „Du hast es hier besser, Rosa!“ sagte Franz und hob ihren Kopf hoch.

„Ich möchte aber lieber bei euch sein!“

„Es geht nicht, du siehst es doch ein!“

Sie drückten einander noch die Hände. „Kommt gut!“ sagte sie.

„Wollen's hoffen!“ sagte er und gab das Zeichen zum Abmarsch. Der Zug setzte sich in Bewegung. Barne marschierten die zwei MG-Bedienungen. Als die Mannschaft schon weit die schnurgerade Landstraße hinuntermarschierte, fand die Scharführerin noch immer an den Baum gelehnt und sah den Männern nach, bis sie in einer Wegbiegung, die links in den Wald hineinführte, verschwunden waren.

Kreuzats Abteilung hatte die Landstraße verlassen und marschierte tiefer links in den Wald hinein. Sie überquerten den Bahndamm und mußten schon des öfteren zu Boden, denn alle fünf oder zehn Minuten heulte eine schwere Granate heran und

ihre Fabrikation erweitern und ihre Exportfähigkeit steigern wollten.

Selbst die rückständigen Schichten begreifen, daß sie mit der Parole des Preisabbaus betrogen worden sind, weil Mussolini aus den ruinierten Kleinrentnern nicht noch mehr herausquetschen kann und der Faschismus den Unternehmern mit der

obigen Berechnung de Stefanis einen Freibrief für die Erhöhung der Preise gibt.

Angesichts dieser Lage im „Dritten Reich“ der Nazis, die jetzt in den Schweizer und englischen bürgerlichen Zeitungen zum Ausdruck kommt, gehört schon die ganze Strapazierbarkeit der Hitler-Gebells dazu, ihre Botschaft auf Italien in immer höheren Tönen ertönen zu lassen.

Sechs Volksausleger beschossen

Rom, 3. Dezember. In der Nähe von Gerg, an der italienisch-jugoslawischen Grenze, wurden sechs Volksausleger beschossen. Einer davon wurde tödlich verletzt.

★

In Rom wurden abermals zwei Kommunisten wegen der Organisierung kommunistischer Gruppen zu je 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Jeder Arbeiter: Soldat der Sowjetunion

Die drohende Kriegsgefahr gegen das proletarische Vaterland schmelzt eine stahlharte proletarische Front gegen die Interventionisten

Der Moskauer Prozeß entrollt vor der gesamten Welt ein Bild der bis ins Kleinste ausgearbeiteten Interventionspläne.

Die Arbeitermassen von China bis Amerika begreifen, welche Gefahren der Sowjetunion, dem Bollwerk der proletarischen Revolution unmittelbar drohen und veranstalten breite Massenaktionen zur Verteidigung des Arbeiterstaates.

In Rumänien, insbesondere in Bessarabien an der sowjetrussischen Grenze, herrscht große Bewegung. Die Arbeiter veranstalten trotz verstärkter Militärberückstellungen und Spionagegefahr Demonstrationen und Protestkundgebungen gegen die französischen Interventionspläne, die der Basall Rumänien auf das eifrigste unterstützt.

In der Tschechoslowakei fanden Betriebsversammlungen in den Prager Metallbetrieben Ringhofer, Stoda, Danel, Böhmisches-Mährische Kolbenwerke, Walter und in einer großen Anzahl kleinerer Betriebe statt, im Dörfner Revier in der Karlsbühle.

Das ZK der KP Großbritanniens veröffentlicht einen Aufruf gegen die Interventionspläne, in dem es heißt: „Die Kriegsverschwörung der französischen und der britischen Regierungen ist enthüllt worden, und die Kriegsgefahr wurde als eine tödliche Wirklichkeit aufgezeigt.“

Hände weg von der Sowjetunion! Tod den Verschwörern! Nieder mit dem kapitalistischen Hungerregime! Es lebe die Arbeiterrepublik! Schließt euch den Freunden Sowjetrußlands an!“

Beschluß des ZK. der KPSU. über die Genossen Syrzow, Lominadse u. a.

Moskau, 3. Dezember. (Inprelort.) Das ZK. und die ZK. haben folgenden Beschluß über die Fraktionsarbeit der Genossen Syrzow, Lominadse u. a. gefaßt:

Das ZK. und die ZK. haben den Bericht der Zentralkontrollkommission über die parteifeindliche Fraktionsarbeit der Genossen Syrzow, Lominadse, Schagkin u. a. und die Erklärungen letzterer entgegengenommen und stellen fest: Genosse Syrzow hat eine illegale parteifeindliche Gruppe organisiert, deren führendem Stamm Kusinow, Karawajski, Galperin, Kurs u. a. angehört.

Genosse Lominadse stand an der Spitze einer seit längerer Zeit bestehenden parteifeindlichen Fraktionsgruppe, deren führenden Stamm Schagkin, Resnit u. a. angehört; diese illegale Fraktionsgruppen organisierten einen „Links“-rechten

Block auf der Grundlage einer gemeinsamen politischen Plattform, die sich in allem wesentlichen mit der Plattform der Rechtsopportunisten deckt.

Auf Grund aller dieser Tatsachen beschließen das ZK. und die ZK., die Genossen Syrzow und Lominadse aus dem ZK. der KPSU. und Genossen Schagkin aus der ZK. der KPSU. auszuschließen.

Kurze Auslandsnachrichten

In Aled (Nordostpolen) sind der Direktor des weißrussischen Gymnasiums Jonek und sechs Schüler verhaftet worden. Jonek war der Spitzenkandidat einer weißrussischen Linksgruppe Nowogrodsk.

Dr. Steidle, der frühere Heimwehrführer, hat dem Tiroler Bauernbund mitgeteilt, daß er sich infolge der Differenzen in den Kreisen der Heimwehr und des Tiroler Bauernbundes von der aktiven Politik zurückzieht.

Zum Generalgouverneur von Australien wurde der 75-jährige australische Oberrichter Sir Isaac Isaacs ernannt.

einen von uns auf!“ „Wißt du denn in eine Falle lopen, du Ape?“ wachte sich der Schütze. „Et wet schon, wat et dui!“

Nach einigen hundert Metern sah Franz Kreuzat, der mit Murr und dem Führer vorgezogen war, aus der Tallentung eine Turmpitze aufsteigen. Gleichzeitig sagten Geschosse in die Bäume hinein. Sie duckten sich tief in eine Bodenwelle und versuchten festzustellen, was sich dort in oder um das Gebäude herum abspielte.

„Da — Kostiken!“ Der Führer wies mit der Hand nach dem Hofe des Hauses hin, wo Uniformierte liefen. „Grüne sind's.“ sagte Murr. „Grüne und Reichswehr!“ sagte der Führer. Franz Kreuzat hieß sie weiter beobachten, trotz zurück und holte seinen Zug heran. Als er mit den Leuten bis an die Bodenwelle herangekommen war, ließ er die beiden Maschinengewehre in Stellung bringen.

„Da — aus dem Busch kommen noch mehr Kostiken!“ flüsternte Murr. „Macht voran, sie haben was vor!“

„Alles in Stellung!“ rief Franz Kreuzat halb laut. „Fertig! Die Maschinengewehre nehmen den Hof unter Dauerfeuer! Fertig? Los!“ Rrrrr — — taktakt — rrrrr...! In wenigen Sekunden knallten alle Gewehre, nahmen den Hof, die Fenster, alle Deckungen der Grünen und der Kostiken unter rasendes Feuer. Der Reichswehrmann außer Dienst und der ehemalige Kanonier lagen hinter dem letzten, Franz Kreuzat mit Murr hinter dem schweren Maschinengewehr.

Die Ueberrumpelung war geclückt. Die Soldaten rannten in großer Verwirrung über den Hof, liefen zum Tor hinaus und verschwanden im Busch. Franz Kreuzat ließ jetzt die Büsche unter Feuer nehmen, da er vermutete, daß sich die Kostiken dort festhalten würden. Er selbst nahm mit seinem Maschinengewehr jede verdächtige Stelle des Hofes unter Feuer. Auch hinter den letzten Maschinengewehr.

„Sieh nach, was dort los ist!“ sagte Franz Kreuzat zu Murr und rief einem nächstliegenden Arbeiter zu, heranzutreten und ihm die Patronen zuzuführen. Murr erhob sich und arbeitete sich links seitwärts in die Büsche hinein. Er kam nach einigen Minuten zurück und sagte: „Drüben ist ein Fluß! Auf dem anderen Ufer habe ich Leute von uns gesehen!“

„Ein Fluß?“ fragte der Führer, der in Franzens Nähe lag. „Dann ist es die Lippel hinter der Lippe liegen die Samborner!“

(Fortsetzung folgt.)

Spionage! Sabotage! Neue Enthüllungen!

Sie organisierten den weißen Dolchstoß in den Rücken der Roten Armee

Landung weißer Truppen vorbereitet — Bränden Sprengungen geplant — Bauprojekte für chemische Industrien verschleppt

Moskau, 2. Dezember (Fig. Bericht). In der Vormittags-sitzung des achten Verhandlungstages wendet sich Genosse K r y l e n k o der Befragung Kamfins, Laritschew und Kalinnikow über die besondere militärische Schädlingearbeit in der letzten Zeit zu.

K r y l e n k o: Sie stellten dem Torgprom (Industrie- und Handelskomitee Paris. Die Red.) und dem französischen Generalstab vier Wechsell aus:

1. Schaffung einer scharfen Keile in den wichtigsten Industrien im Jahre 1930.
2. Lieferung von Spionageberichten.
3. Vorbereitung von Sabotageakten in den kriegswichtigen Industrien.
4. Schaffung militärischer Organisationen.

Kamfin beantwortet zunächst die Fragen in bezug auf die Durchführung des ersten Punktes auf dem Gebiete der Brennstoff- und Energiewirtschaft. Ueber den zweiten Punkt

Spioaagearbeit

befragt, nennt Kamfin jene Gebiete, über die Informationen geliefert worden sind.

Kamfin: Wir sandten vierteljährlich Konjunkturberichte sowie einzelne Spezialberichte. Die Ausarbeitung der Konjunkturberichte erfolgte auf Grund des Geheimmaterials der Staatlichen Planwirtschaftskommission.

Die Berichte gingen an den französischen Generalstab.

Die Redaktionskommission bestand aus Ossadschi, Laritschew und Kalinnikow. An der Ausarbeitung der Berichte über allgemeine Wirtschaftsfragen arbeitete der Menschewist Gromann mit. Die Zahlentabellen dieser Berichte waren von kurzen Kommentaren begleitet und gaben auf diese Weise Einblick in die Ergebnisse der Schädlingearbeit der Industriepartei. Ein Spezialbericht betraf den Zustand der Aviatik (Flugwesen. Die Red.). Er wurde von K. in Auftrag gegeben, wobei dieser besonderen Wert auf die Militäraviatik legte. Eine zweite Aufgabe bestand in der Verstärkung der Neuanlage der Benzinlager an der Westgrenze und an den strategisch wichtigen Punkten. Der Auftrag wurde der Petroleumgruppe durch Laritschew gegeben. Der Zweck war die Schaffung von Basen für Automobile, Tanks, Flugzeuge der Interventionen. Der Auftrag hierfür erfolgte durch K.

K r y l e n k o: K. forderte Material über den Zustand und die Perspektiven der Kriegsindustrie?

Kamfin: Wir lieferten zwei Berichte. Außerdem forderte K. Ende des Jahres 1929 die Anlage einer Flugzeugfabrik an wichtigen Punkten im Norden.

Kalinnikow bestätigt die Abwendung von Wirtschaftsberichten unter Mitwirkung Gromanns und von Berichten über Aviatik. Letzterer wurde in seiner Gegenwart durch Kamfin dem französischen Agenten abgeliefert.

Sabotageakte

Ueber den dritten Punkt befragt, sagt Kamfin aus: Die erste Forderung in dieser Richtung wurde mir bereits im Jahre 1928 in Paris durch Zukomski und Oberst Joinville gestellt. Später wurden diese Forderungen brieflich und mündlich durch die Agenten K. und A. wiederholt.

Wir bereiteten Sabotageakte in Kriegsbetrieben, auf Kraftwerken und im Transportwesen vor. Die Sabotageakte sollten so erfolgen, daß die Betriebe nur zeitweise stillgelegt und mit im Auslande vorbereiteten Ersatzteilen von den Interventionen wieder in Betrieb genommen werden konnten.

K r y l e n k o: Wurden spezielle Gruppen oder Kommissionen hierfür gebildet und gehörten die anwesenden Mitglieder der Zentrale dazu?

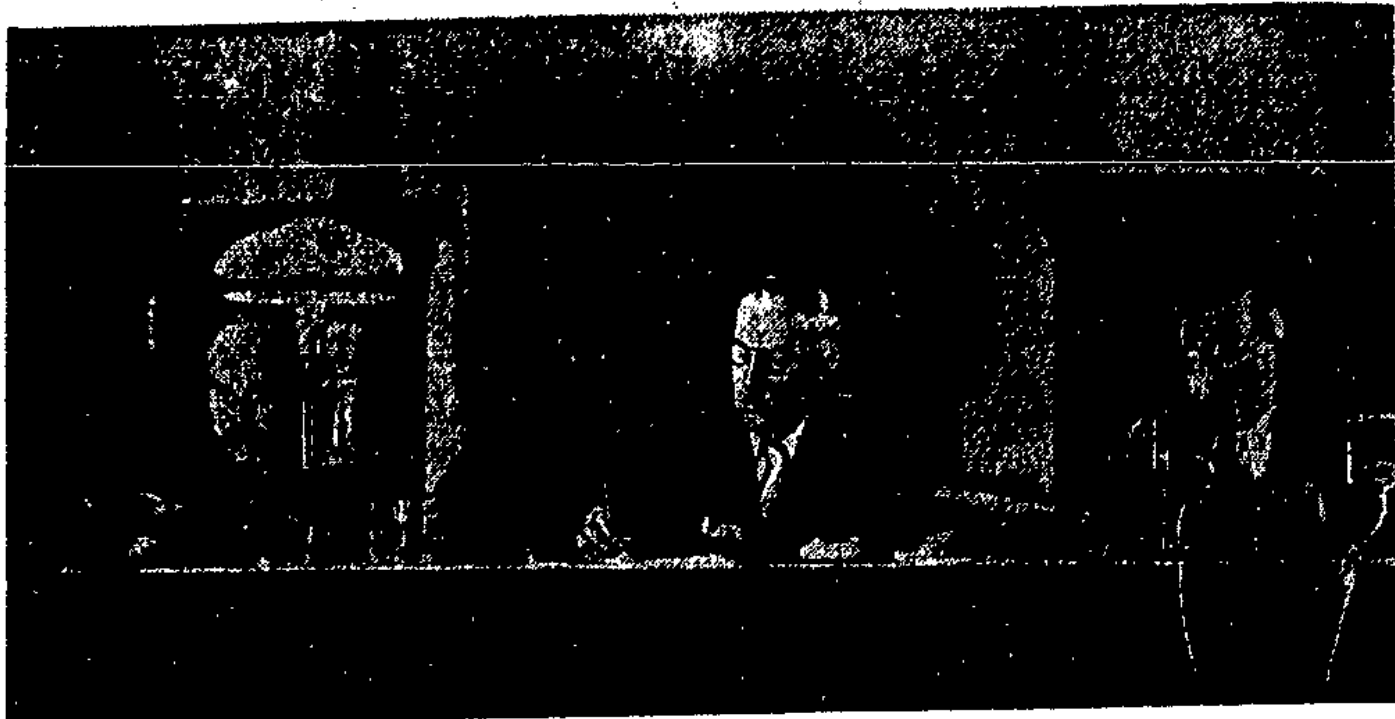
Kamfin: Ja, aber von den hier anwesenden Angeklagten war keiner daran beteiligt.

W i l j i n s k i macht Kamfin darauf aufmerksam, daß die hier und im weiteren neu auftauchenden und bisher nicht in

Das Präsidium des Revolutions-Tribunals

In der Mitte der Vorsitzende, Genosse Wyschinsky

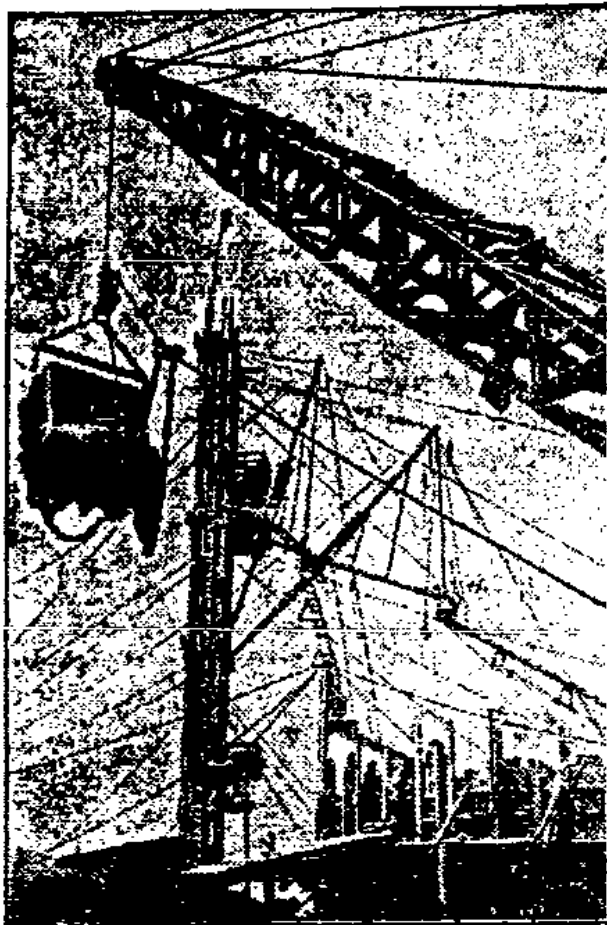
★



Anfrage verletzten leitenden Personen der Industriepartei und speziell Militärfunktionäre nicht mit Namen genannt werden sollen, um die schwebenden Untersuchungen nicht zu stören.

Kamfin: Für Sabotageakte an Elektrostationen bestand eine Kommission aus vier Leuten, ein konkreter Plan, eine Liste der Stationen.

Der Fünfjahrplan in Aktion



An der Stelle, wo sich noch vor einem Jahre eine unübersehbare öde Steppe erstreckte, wächst jetzt in schnellem Tempo das größte Metallwerk der Welt, „Magnitogorsk“, aus dem Boden hervor. Unser Bild zeigt einen Riesenkran bei Ausschachtungsarbeiten.

K r y l e n k o: Waren auch Gruppen zur Durchführung von Sabotageakten gebildet?

Kamfin: Ende 1929, Anfang 1930 bestanden bereits solche Gruppen an fünf Punkten. Die praktischen Methoden der Sabotageakte waren genau ausgearbeitet. Im Eisenbahnwesen

war eine Unterbrechung der Transportwege durch Sprengung von Brücken usw. vorbereitet. Diese Arbeit leitete ein Mitglied der Zentrale.

K r y l e n k o (zusammenfassend): Die Aufträge wurden gegeben zuerst im Jahre 1928 durch Joinville, später durch Agenten; konkrete Objekte waren festgestellt, leitende Kommissionen bestanden; Gruppen von ausführenden Leuten an der Peripherie waren bestimmt. Das ist die Begleitung des dritten Wechsels.

Agenten in der Roten Armee

Zum vierten Punkt (Militärorganisation) sagt Kamfin aus: „Auch diese Frage war bereits in Paris, und zwar detailliert, besprochen. Forderungen in dieser Richtung wurden seit 1929 besonders stark von den Agenten in Moskau gestellt. Entsprechend den Pariser Abmachungen planten wir nicht eine Massenorganisation von Soldaten zur Vorbereitung militärischer Aufstände, sondern eine Geheimorganisation in der Art der Industriepartei. Es sollten einzelne leitende Leute in leitenden Heeresstellen und Truppenteilen angeworben werden. Wir rechneten dabei vor allem auf die ingenieurtechnischen Truppenteile, die den Zivilingenieuren nahesteht und leichter bearbeitet werden könnten.“

K r y l e n k o: Bestand der Plan, diese Organisation in ihren leitenden Stellen direkt mit dem Ausland zu verbinden?

Kamfin: Diese Forderung wurde zweimal gestellt: einmal durch das Torgprom schriftlich, wonach Zukomski eine solche Verbindung forderte, zweitens von Seiten des Agenten K. zwecks Verbindung der Militärorganisation mit Oberst Richard. Dabei ist mir nicht klar, ob Richard nach Moskau kommen sollte. Innerhalb der Zentrale war eine besondere Gruppe gebildet und begann zu arbeiten.

K r y l e n k o: Zusammenfassung?

Kamfin: Laritschew, Kalinnikow, Ossadschi; zeitweise nahm auch ich teil.

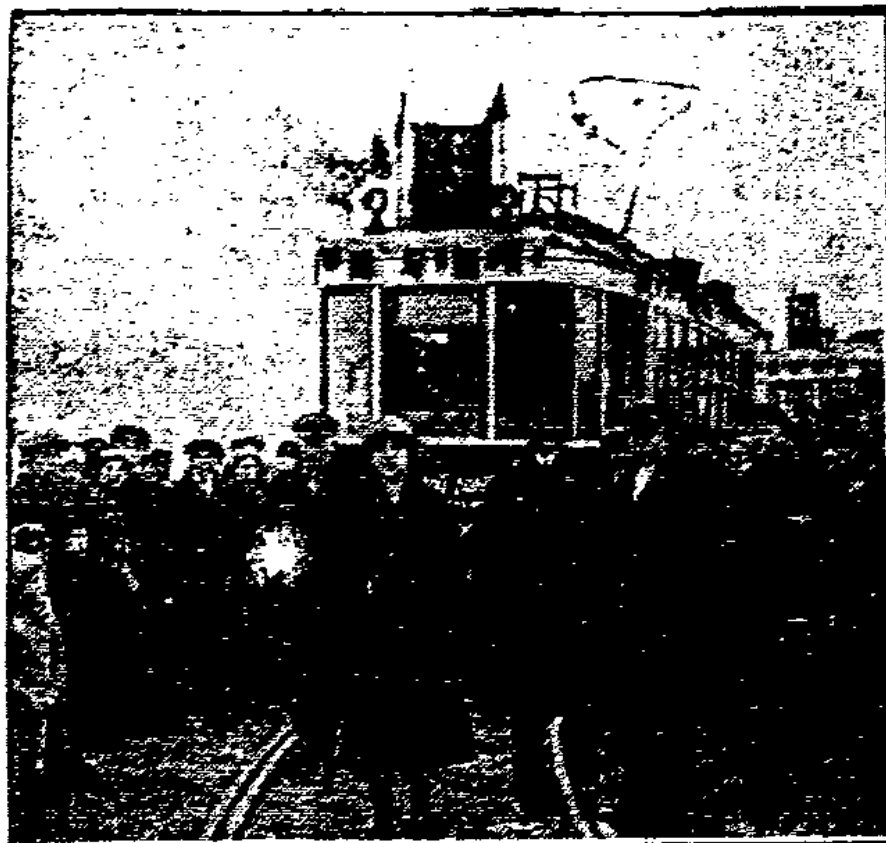
Vor neuen Enthüllungen

K r y l e n k o: Waren Ihnen noch andere Methoden bei Arbeit zur Vorbereitung der Intervention bekannt?

Kamfin: Ich kenne eine Tätigkeit, die aber außerhalb der Tätigkeit der Zentrale vor sich ging (!). Ich meine die Arbeit zur Vorbereitung eines Aufmarschgebietes für das Eindringen der Interventionsarmee. Mir sind aber im Zusammenhang damit andere Namen bekannt als die bisher genannten.

K r y l e n k o: Wir kommen darauf zurück.

Tramway im Ural



Die im Rahmen des Fünfjahrplans vorgesehene Errichtung der städtischen Straßenbahn in Swerdlowsk im Ural ist vor dem gestellten Termin fertiggestellt worden. Unser Bild zeigt die feierliche Eröffnung der Strecke.

Reichswehr-Soldaten können ungestraft mißhandelt werden

Wieder Freispruch eines Soldatenschinders

Wie Reichswehrleutnant Bessel die „Feigheit“ eines Rekruten kurlerte

B a u h e n, 3. Dezember. Vor dem hiesigen Landgericht hatte sich der Leutnant Bessel vom Reichswehr-Ausbildungsbataillon Bauhen unter der Anklage der Körperverletzung und vorsätzlichen Mißhandlung eines Rekruten zu verantworten. Der mißhandelte Rekrut hatte beim Sportunterricht nicht gewagt, einen befohlenen Sprung aus drei Meter Höhe auszuführen. Dies wurde ihm als Feigheit angelastet, und um ihn zu kurieren, mußte er zweimal das barbarische „Schinken-klopfen“ erdulden. Während der Soldatenschinder in der ersten Instanz zehn Tage Stubenarrest erhalten hatte, sprach ihn das Berufungsgericht frei.

Zur Begründung dieses unerhörten Freispruches führte der Richter an, „der Leutnant habe im eigenen Interesse des Rekruten gehandelt, als er ihn in einem tüchtigen Soldaten erziehen wollte. Das „Schinken-klopfen“ sei nur als eine erlaubte Erziehungsmaßnahme des Reichswehrvorgesetzten zu werten“. Die in diesem Prozeß aufmarschierten Zeugen bestätigten, daß „Abreibungen“ in Form von „Schinken-klopfen“ bei der Reichswehr an der

Tageordnung seien und von allen widerspruchlos gebildet würden. Soldatenschinder Bessel verließ sich sogar zu der Behauptung, „Schinken-klopfen“ sei ein fast legitimer Reichswehrsport.“

Das Gericht konnte sich diesem „überzeugenden Argument“ nicht verschließen und sprach Leutnant Bessel frei. Damit das barbarische „Schinken-klopfen“ ganz offiziell als Erziehungs-mittel für Reichswehrsoldaten anerkannt ist. Die vielen Hundert-tausend ehemalige „Muschoten“ und „Kulte“ der kaiserlichen Armee und Flotte erleben hieraus wieder einmal, wie rührend eifrig die republikanische Reichswehr bemüht ist, die alte glor-reiche kaiserliche Tradition fortzuführen.

Schiffszusammenstoß im Nebel

Vor der belgischen Küste stieß im dichten Nebel der Japag-Dampfer „Nitalris“, der sich auf der Ausreise nach Südamerika befand, mit dem spanischen Dampfer „Lanko“ zusammen. Beide Schiffe wurden schwer beschädigt und mußten ihre Reise unterbrechen.

Breslau

Man muß sich schämen...

Ein Arbeiter schreibt uns: Ich war Zuhörer in der letzten Stadtverordnetenversammlung, da ich ein großes Interesse hatte, zu hören, wie man über die Arbeiterschaft verhandelt. Ich hatte Interesse für einen großen Teil der Anträge, die da behandelt wurden; zum Beispiel die Hilfsmittelmaßnahmen für die Hochwasserbeschädigten, die Freigabe der öffentlichen Plätze für Fleckenverkäufer und viele andere kleine Anträge, die ja auch mit der Stimmenmehrheit der Sozialdemokraten und Kommunisten durchgegangen sind. Mein größtes Interesse lenkte sich auf den Antrag, der für die Verrenten der Armen gestellt wurde: den Antrag der Erwerbslosen auf eine Winterbeihilfe. Dieser wurde von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion mit aller Schärfe zur Durchführung gefordert. Der SPD-Stadtverordnete Hilla zeigte kurz auf, wie notwendig es ist, die von der SPD geforderte Winterbeihilfe zur Auszahlung gelangen zu lassen. Doch wie üblich: Stellt die SPD irgendeinen Antrag im Sinne der Arbeiterschaft oder Erwerbslosen, so wird dieser von allen Parteien, selbst von den angeblichen Arbeitervertretern, der SPD, abgelehnt. So mußte ich bei dieser Sitzung mit zwei meiner Genossen Ohrenzeuge einer Unterhaltung von zwei bis zu dieser Minute treuen SPD-Arbeitern sein. Diese beiden SPD-Arbeiter sagten, daß die SPD doch besser tun würde, in diesen Dingen der SPD die Hand zu reichen. Als der Antrag zur Abstimmung kam und sich nicht eine Hand von der SPD in der Luft zeigte, hörte ich diese beiden SPD-Arbeiter nur noch sagen:

„Man muß sich schämen, heute noch zu sagen, daß man Mitglied der SPD ist.“

Ich rufe allen Arbeitern, die da noch den Sozialfaschisten die Hand reichen, zu: Jawohl, ihr müßt euch schämen! Seht mit offenen Augen! Hört mit offenen Ohren! Gebt diesen Strolchen die richtige Antwort: Heraus aus der SPD, und hinein in die SPD! Denn nur sie allein kann eure Interessen vertreten.

Pleite der Deutschnationalen Volkspartei

Selt einigen Tagen ließ die Deutschnationale Volkspartei an mehreren hundert Anschlagkästen Einladungen zu einer öffentlichen „Volks“-Versammlung am Dienstag, dem 2. Dezember, nach dem großen Schießwerderjaal platieren. Der Dienstag kam, die Deutschnationale Volkspartei rief, und alle, alle kamen — nicht. Der Schießwerderjaal war von höchstens 800-900 Personen besucht. Teilnehmer waren jene, die keine Not leiden, davon zeugten auch die draußen wartenden Autos. Der Bürgermeister Berndt aus Berlin, Volksbegehren-Berndt benannt, war die große Kanone dieses verlorenen Abends. Das übliche alte Geleiere, wonach nur der „Erbsend“ Schuld an „unserem“ Elend sei, erst wenn der „alt-preußische Wind wehe, wird es besser werden“. Nur weiter so — und die Deutschnationale Volkspartei gehört zu dem alt-preußischen Gerümpel.

Alle Parteifunktionäre von Groß-Breslau

kommen Freitag um 20 Uhr in den „Zentralballsaal“ zu einer sehr wichtigen Sitzung. Keiner fehlen! Ausweis mitbringen.

Bermittelt wird seit dem 30. November der Arbeiter Wilhelm Hyligan, zuletzt Kreuzburger Straße 12 wohnhaft gewesen. Er ist 1,68 Meter groß, hat dünnes, kurzes, glattes, graumeliertes Kopfhair, schwarzes, kurzgeschneittenen Schnurrbart, bleiches, langes Gesicht, sehr hohe Stirn und schwarze Augen. Er ist kurzsichtig und trägt Brillen. — Ebenfalls vermittelt wird seit dem 29. November, gegen 10,30 Uhr, der Lehrling Joachim Mielcarzki, zuletzt Sadownastraße 53, I., wohnhaft gewesen. Er ist 1,70 Meter groß, schlächtilig, hat dunkelblondes glattes, links geschleitetes Kopfhair, auffallend bleiches Gesicht, graue Augen und etwas aufgestülpte Nase.

Das Gewerkschaftshaus-Kino in der Margaretenstraße zeigt diese Woche als Hauptfilm: Frauenrot und Frauenglück. S. M. Eisenstein soll bei diesem Film hilfreich zur Seite gestanden haben. Die Verleiherfirma gibt es nur nicht bekannt, weil diese befürchtet, daß dann der Film noch mehr, als wie es jetzt schon der Fall ist, verboten werden könne. Bayern ist in puncto Kulturreaktion nicht zu überbieten. Wiederholt versucht man, vor allen Dingen in München die Aufführung zu verhindern. Der Film selbst schildert mit allen dem Lebenden Bilden zur Verfügung stehenden Mitteln die Schändlichkeit des § 218. Neben diesem Wert laufen noch einige gute Kurzfilme. Frauensorgen: ein Film, der die Sorgen der reichen und armen Frau behandelt. Zeitprobleme: dieser Streifen zeigt die traurigen Wohnhöhlen des Proletariats. Todesgeschichte von Hausdorf: ein Bildbericht von der Unglücksstätte in Hausdorf, wo über 200 Kumpels vom Kapital gemordet wurden. Im Film erlebt der Zuschauer noch einmal die Schreckenstage und lernt das harte Los der Bergarbeiter Schlesiens kennen. Der Hauptfilm wird eingeleitet mit dem Vortrage einer Nergin, welcher wiederum von einem Jugend-Sprechchor umrahmt wird, der Werke von Tucholsky „Die deutsche Leibesfrucht“ und einen Nachruf an die Toten von Hausdorf bringen wird. Eintrittspreise: Es zählt der Erwerbslose bis 5,30 Uhr nur 25 Pfg., das Besucherpreis-Mitglied 50 Pfg., alle anderen zahlen 70 Pfg.

Deutsches Theater. „Drei von der Tankstelle.“ Obwohl für den Tonfilm ganz andere künstlerische Gesetze gelten wie für die Operette, drehen die Regisseure mit Vorliebe sogenannte Tonfilm-Operetten. Hier haben wir es allerdings mit einem flotten und einfaßreichen Muster dieser Zwittergattung zu tun, das man gern akzeptiert, auch wenn man weiß, daß die Entwicklung des Tonfilms nach einer ganz anderen Richtung geht. Lillian Harvay in der Hauptrolle grandios und lebendig, der Tanz am Schluß eine starke Leistung. Ein bemerkenswertes neues Filmomikergesicht: Heinz Kühmann. Schüchtern-Keil! Eine sonderbare Mischung. Die Musik von Werner R. Seymann geht leicht ins Ohr. Regie: Wilhelm Thiele.

Notverordnung in Kraft - Faschisten rüsten Erwerbslose sollen verhungern

Es gilt auf dem Posten zu sein und rechtzeitig den Kampf gegen die völlige Aushungerung der Opfer der Nationalisierung zu organisieren. — Erwerbslose, erscheint heute reiflos um 14 Uhr im „Schießwerder“ zur Versammlung. Thema: „Das Weihnachtsgeschenk des Breslauer Magistrats.“ Eintritt frei!

Schwere Niederlage für Eckstein & Co.

Herr Steffen aus dem Saal hinausgewiesen — Kämpfende Einheitsfront der Zimpeler Mieter unerschütterlich

Gestern Abend fand im Terrassenrestaurant der Jahrhunderthalle die Generalmitgliederversammlung des Zimpeler Mietervereins statt. Der Parteivorstand der SPD hatte sich zum Ziele gesetzt, unsere Genossen auf jeden Fall aus dem Vorstand zu entfernen. Noch am Mittwoch schrieb die „Volksmacht“: „... Nur unsere Partei (SPD) hat überall und zu jeder Zeit die Interessen der Mieter nachdrücklich vertreten... Erscheint deswegen alle und gibt damit den Kommunisten die richtige Antwort.“ Darüber hinaus wurde an alle sozialdemokratischen Mitglieder ein „streng geheimes“ Rundschreiben verfaßt, in dem es hieß: „Notwendig ist... daß wir mehr denn je versuchen, auf die Mieterbewegung maßgebenden Einfluß zu bekommen und in dieser geschlossenen, unerschütterlichen Front zu bestehen.“ Dieses geheime Rundschreiben war von Eckstein (Parteivorstand), Funke (Wahlteilung Zimpel) und Böhme (Distrikt 42) unterschrieben.

Die Mitglieder des Mietervereins kamen und entschieden sich in ihrer überwältigenden Mehrheit gegen Eckstein, Funke und Böhme. Alle Versuche der Herren Eckstein, Böhme, Reim, Kalinke

schlehten an dem geschlossenen Auftreten der Anwesenden. Nachdem Herr Steffen durch einen einmütigen mit nur gegen wenige Stimmen gefaßten Beschluß aus dem Saale gemiesen wurde und nachdem die Diskussionsausführungen der Eckstein-Leute ohne Wirkung blieben, zogen Eckstein und Böhme mit ihrem Anhang vor, den Saal zu verlassen. Die Mieter wählten einen Vorstand, in dem unser Genosse August Reimann den Vorsitz führt und der sich im übrigen aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteiloosen zusammensetzt.

Der Verlauf der Versammlung und das Ergebnis der Wahlprüfung haben eindeutig gezeigt, daß die Zimpeler Mieter, darunter auch viele sozialdemokratische Kollegen, es ablehnen, den Mieterverein zu einem Spielball in den Händen des SPD-Parteivorstandes zu degradieren und daß sie nach wie vor bereit sind, die kämpfende Einheitsfront aufrechtzuerhalten. Wir kommen auf den Verlauf der Versammlung noch zurück.

Wir haben ein Wohnungsamt, ein Wohlfahrtsamt

und die Proletarier haben weder Wohnung noch Brot!

Der Arbeiter Fiebig hat vor etwa zwei Jahren geheiratet. Da er schwerer Lungenleiden war und es noch ist, wies ihm das Wohnungsamt eine „Wohnung“ zu. Diese bestand aus einem einzigen 2,75 mal 2,75 Meter großen Raum, in den die Sonne niemals hineinscheint. Der Raum ist so klein, daß nicht einmal die Möglichkeit besteht, ein zweites Bett aufzustellen. Der Arbeiter war gezwungen, mit seiner Frau in einem Bett zu schlafen, obwohl er infolge seiner Krankheit öfters Fieber hat und in Nachtschweiß ausbricht. Da alle seine Bemühungen, durch das Wohnungsamt eine gesündere Wohnung zu erhalten, fehlschlagen, wandte sich Fiebig an den Regierungspräsidenten und erhielt darauf folgende Antwort:

„Der Regierungspräsident. Breslau, Mai 1929.“

In Sachen Ihrer Wohnungsangelegenheit vom 16. vergangenen Monats hat mir das Wohnungskommissariat folgenden Bericht erstattet: „... Nur auf Vorschlag der Sonderfürsorge kann Fiebig überhaupt in den Besitz dieses Zimmers. Er mußte sich sonst als jung verheiratetes kinderloses Ehepaar als Untermieter unterbringen oder eine Neubauswohnung beworben. Die Zuzweisung einer anderen Wohnung an Fiebig ist nicht möglich.“ — Die ablehnende Stellungnahme des Wohnungskommissariats vermag ich nicht zu begründen. Falls Sie in der jetzigen Wohnung nicht glauben bleiben zu können und keine Möglichkeit eines Unterkommens bei Ihren Eltern oder Schwiegereltern besteht, muß es Ihnen überlassen bleiben, ihre anderweitige Unterbringung im Wege eines Untermieterverhältnisses zu regeln.“

Wie man bei 60 Mark Monatsunterstützung in der Lage sein soll, etwa 30 Mark für ein Zimmer als Untermieter oder etwa 60 Mark für eine Neubauswohnung zu bezahlen, darauf geben weder das Wohnungsamt noch der Regierungspräsident eine Antwort.

Von dem Arzt Dr. Krohn, Agnesstraße 4, erhielt Fiebig folgendes Attest ausgestellt:

„Zu Wohnungszwecken wird befohlen, daß der Schneider Herr Richard Fiebig seit Juli 1929 wegen eines Lungenleidens verbunden mit großer Körperschwäche und Blutharmut sich in meiner ärztlichen Behandlung befindet. Er bedarf deshalb dringend (vom Arzt unterschrieben) einer hygienisch einigermaßen seinem Leiden entsprechenden Wohnung. Nach seinen Angaben bewohnt er zurzeit einen Raum von circa 8 Quadratmetern, der gleichzeitig als Küche dient, zusammen mit seiner Ehefrau. Es ist in diesem Raum unmöglich, ein zweites Bett aufzustellen, so daß er trotz seiner Krankheit mit seiner Frau in einem Bett liegen muß. Breslau, den 4. Januar 1930.“

Trotz des Attestes wurde Fiebig überall abgewiesen. Nachstehend einige Auszüge aus den Schreiben der Behörden:

Der Regierungspräsident. Breslau, 17. Februar 1930.

Auf die erneute Eingabe vom 7. Januar 1930 kann ich Sie leider nur auf den Ihnen erteilten Bescheid vom 24. Mai 1929 verweisen. ... Im übrigen muß ich bemerken, daß Ihr Lungenleiden nach der amtlichen Feststellung nicht ansteckend ist.“

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt. Berlin, 28. 4. 30. Nach Prüfung der Angelegenheit habe ich gegenüber dem zuständigen Bescheid des Herrn Regierungspräsidenten in Breslau vom 17. Februar 1930 zu Maßnahmen im Aufsichtsweg keinen Anlaß gefunden.“

Der Oberbürgermeister. Breslau, 25. Oktober 1930.

Auf Ihr Schreiben vom 3. er. teile ich Ihnen mit, daß ich Ihr Gesuch dem Wohlfahrtsamt zur weiteren Veranlassung übergeben habe.“

Der Regierungspräsident. Breslau, 24. November 1930.

Wie mir das Wohnungskommissariat berichtet, kann Ihnen der vielen anderen weit älteren und dringenderen Fälle wegen in absehbarer Zeit keine andere Wohnung zugewiesen werden. Es muß daher auch jetzt bei meinem Bescheid vom 17. Februar dieses Jahres sein Bewenden behalten.“

Nun wohnt der Prolet seit einiger Zeit getrennt von der Frau

bei seinem Bruder, der selbst eine äußerst beschränkte Wohnung hat. Das Ehepaar bekommt zusammen 60 Mark Unterstützung. Die Anträge auf Winterfächer und Schuhebeihilfe wurden abgelehnt.

Wir haben ein Wohnungsamt, ein Wohlfahrtsamt...

... aber Wohnungen und Brot haben wir nicht — und so wird es bleiben, bis die Arbeiter selbst das Ruder in die Hand genommen haben werden.

Achtung, Sportler!

Dienstag, den 9. Dezember, findet um 20 Uhr im Lokal bei Bittner, Hferstraße 26, die Gründungsversammlung des Sportvereins Fichte (in welchem Möglichkeit für jede Sportart gegeben ist) statt. Interessenten sind hiermit eingeladen.

Neue Gasse — Einbahnstraße. Das Polizeipräsidium gibt bekannt: Die Verkehrsverhältnisse in der Neuen Gasse zwischen der Ohlauer Straße und Taschenstraße haben sich in der letzten Zeit so gestaltet, daß es bei der ständigen erheblichen Unübersichtlichkeit und Enge dieses Straßenzuges oft zu Verstopfungen der Straße und Verkehrserschwerungen kommt. Aus Verkehrs- und sicherheitspolizeilichen Gründen ist daher eine Aenderung notwendig. Der Polizeipräsident hat deshalb den Teil der Neuen Gasse zwischen Ohlauer Straße und Taschenstraße in Richtung Taschenstraße zur Einbahnstraße erklärt. Entsprechende Verkehrszeichen werden demnächst zur Aufstellung gelangen.

Winterposten! Am Freitag, dem 5. Dezember, findet ein Trodenkurs in der Paulinen-Turnhalle, Paulinenstraße, um 20 Uhr, statt. Die Teilnahme ist kostenlos. Mitzubringen sind Stiefel, Stiefel, Stöcke.

Eine Pfänderversteigerung findet am kommenden Donnerstag um 9 Uhr am Berliner Platz 2 statt.

Achtung, Jungpioniere, von Ost und Süd, erscheint heute 17 Uhr bei Joublik, Königgräber Straße 10.

Note Hilfe Nord. Alle Funktionäre sowie Mitglieder der roten Hilfe und befreundeten Organisationen erscheinen am Freitag 9,30 Uhr, bei Salomon, Rolensstraße, zur Winterhilfe-Sammlung.

Arbeiter-Operantengruppe Freitag, 5. Dezember, Übungsabend. Anschließend Vorstandssitzung. — Freitag, 12. Dezember, Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Monatliche Gemeindefreitag, 10,30 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Saal Grünstr. 14/16. Vortrag des Geschäftsführers unseres Bundes, Carl Peter, Leipzig. Thema: Ist der Volksbund für Selbstbestimmung notwendig? Anschließend Aussprache.

Trebnitz

Hinweg mit der Pflichtarbeit!

Am 29. November beschloß der Magistrat die Einführung der Pflichtarbeit. Alle Parteien, die Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, haben diese Sache vor den Erwerbslosen verurteilt. Nun rief die SPD zu einer Erwerbslosenversammlung auf. Als Referent trat Herr Mahod auf. Viele Arbeiter verließen während seines Referats den Saal, so daß Mahod und sein Kollege vor 88 Personen sprechen mußten. Es war gut, daß die SPD die Rentenempfänger mit eingeladen hatte, sonst wäre Mahod allein geblieben. Beide Referenten „vergaßen“, über die Pflichtarbeit zu sprechen. Sie wollten eben den Arbeitern nicht die Wahrheit sagen. Doch die Erwerbslosen fordern die Wahrheit. Wie toll die Zustände sind, zeigt allein der Umstand, daß die Pflichtarbeiter die Schlammeisen ohne Stiefel und andere Schutzkleidung räumen müssen. Erwerbslose, halt auch um euren Ausschuß und kämpft Schulter an Schulter!

Ohne Mitglieder des Gesamtverbandes, welche 16 Wochen arbeitslos sind, melden es bis 6. Dezember bei der Ortsverwaltung.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Theater. Am etwaigen Mißverständnissen entgegenzutreten wird mitgeteilt, daß das Gastspiel Scheller Schaffers nur bis 15. Dezember dauert.

Verantwortlich für den holländischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den übrigen Teil: Franz Bollwender, Br. L., Breslau. — Für Inserate: Carl Kausch, Breslau.

Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis

Die „Marxistische Arbeiterschule“ hat mit ihrem zweiten Wintersemester begonnen. Am Dienstag fand der erste Abend des Kursums über die Geschichte, Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung statt. Heute Donnerstag, 14. Dezember, findet der zweite Abend des Kursums über die ökonomischen Grundlagen des Marxismus an. Lokal „Weiße Schleife“, Taschenstraße 22, 1. Etage. Beginn 20 Uhr. Kurskarten für die ganze Dauer des Kursums kosten 80 Pfennig für Vollarbeiter und 40 Pfennig für Erwerbslose. Wir fordern alle auf, sich rechtzeitig zur Teilnahme am Kursum zu melden und heute Abend zum Vortrag zu erscheinen. Referent ist Genosse Philipp Dengel, Berlin. Die Gebühr für den einzelnen Abend beträgt 20 Pfennig für Vollarbeiter und 10 Pfennig für Erwerbslose.

Waldenburger Bergland

Massenversammlung in Waldenburg fordert schärfste Bestrafung der Saboteure in Moskau

Waldenburg. In einer überfüllten Versammlung der SPD sprach hier der Genosse Scholaut, Mitglied der SPD, über die Lage der Arbeiterklasse in Moskau. Er schilderte die inneren Kämpfe der SPD, die sich im Kampf um den Boden des Marxismus zeigt, kein Raum in der SPD ist, sondern nur die kommunistische Partei die einzige Partei ist, die heute noch auf dem Boden des Marxismus steht. Er richtete daher an die anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter die ernste Mahnung, seinem Beispiel zu folgen und die Partei des Verrats zu verlassen.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages schilderte er die gegenwärtige Lage, in der sich die Arbeiterklasse befindet, streifte die Erwerbslosigkeit, die Lohnabwärtigung, die schärfste Gefahr, um dann zum Schluß auf den Prozeß in Moskau gegen die Saboteure des sozialistischen Aufbaus zu sprechen zu kommen. Er prangerte auch hierüber die traurige Rolle an, die die Sozialdemokratie gegenüber diesem Prozeß spielt, indem sie sich vollkommen der antibolschewistischen Deke der Bourgeoisie nicht bloß anschließt, sondern diese Deke zum Teil noch schlimmer treibt als die bürgerlichen Antibolschewisten. Nach einer Schilderung der großen Erfolge, die in der Sowjetunion von den russischen Arbeitern bei ihrem grandiosen Aufbau des Sozialismus erzielt werden, schloß er seinen Vortrag mit der mit stürmischem Beifall aufgenommenen Versicherung, daß die deutsche Arbeiterklasse alles aufbieten werde, um die Sowjetunion zu verteidigen. Für die Saboteure in Moskau kann es nur eine Strafe geben, und die sei: Rückwärtslos an die Wand zu stellen.

Eine Entschliebung in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen.

Die SPD-Bonzen hatten es vorgezogen, wie an anderen Orten, so auch hier, der Versammlung fernzubleiben. Dafür hatte es der Renegat Reichel übernommen, die SPD gegen die Anklagen zu verteidigen, die Genosse Scholaut gegen sie erhoben hatte. Er stellte sich dabei so an, daß die Versammlung seinen „Verteidigungsvorwurf“ mit Lachen quittierte und daß sich sogar sein eigener Bruder, der parteilos ist, gezwungen sah, das Wort zu ergreifen und seinem Bruder nachzuweisen, daß er nur Quatsch geredet habe.

Im weiteren Verlauf der Diskussion nahm noch eine Reihe Genossen das Wort, die alle die Ausführungen im Referat des Genossen Scholaut unterstützen. Am Schlußwort nahm auch Genosse Scholaut

noch einmal Veranlassung, den Renegaten gehörig heimzulesen. Als Erfolg konnte eine ganze Anzahl Neuaufnahmen für die Partei, die Jugend und die Rote Hilfe gemacht werden. Ebenso wurde eine Anzahl Abonnenten für die „Arbeiter-Zeitung“ gewonnen.

Wir rufen den sozialdemokratischen Arbeitern, die es noch ehelich meinen, zu: Folgt dem Genossen Scholaut, kämpft mit uns und helft die Front aller Ausgebeuteten herstellen, um aus Deutschland einen Arbeiterstaat nach dem Muster der Sowjetunion zu schaffen.

Nieder-Salzbrunn

Für die Winterkampagne der Roten Hilfe!

Gegen die Saboteure des Arbeiterstaates

Sonntag, den 30. November, fand hier eine Mitgliederversammlung der Roten Hilfe statt, welche sich in der Hauptsache mit der Durchführung der Winterhilfskampagne befaßte und gelobte, in diesem Jahre, wo die Beste Kapitalismus täglich neue Klassenbewußte Arbeiter meuchlings hinmordet und hinter Zuchthausmauern bringt, mehr als bisher die Rote Hilfe zu unterstützen und besonders für die jetzt Inhaftierten zu sorgen, damit sie wieder als treue Kämpfer aus den Marterhöhlen herauskommen. Um auch in den Orten, wo noch keine Ortsgruppe der Roten Hilfe besteht, neue Kämpfer zu gewinnen, wurde beschlossen, Veranstaltungen unter der Mitwirkung der Kolonne Sturm auszuführen, und zwar in Liebigau am Sonnabend, dem 13. Dezember, und in Ober-Salzbrunn am Freitag, dem 19. Dezember. Eine große Erregung herrschte in der Mitgliedschaft gegen die Saboteure des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, und es wurde einstimmig eine aus der Mitte der Mitgliedschaft eingebrachte Entschliebung folgenden Inhalts angenommen: „Die Versammelten verfolgen mit der größten Aufmerksamkeit den Verlauf des Prozesses gegen die Schädlinge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion. Wir fordern, daß gegen diese Saboteure und Verräter am Sozialismus das Höchstmögliche der Strafe angewendet wird. Wir geloben, mit aller Kraft für die Verteidigung der Sowjetunion einzutreten und auf den Sturz der kapitalistischen Weltanschauung in eigenen Lande hinzuarbeiten. Wir werden nicht eher ruhen, bis auch der letzte Schädling, welcher den Vormarsch des Proletariats hindert, zur Strecke gebracht ist.“

Arbeiterkraft nicht. Unter dem heutigen System sei auch etwas anderes gar nicht zu erwarten. Deshalb stehen wir jedem Verwerber mißtraulich und ablehnend gegenüber. Lange Geschlechter machten die Nazis, als unser Rebner sie darauf hinwies, daß doch der letzte erste Bürgermeister und der jüdische Stadtverordnete Pretauer ganz intime Freunde seien. Vorher hatte Nazi-Gut-Meister nämlich den jetzigen ersten Bürgermeister über alle Maßen gelobt, dagegen den jüdischen als jüdenfreundlich abgelehnt. Auch das Verhalten des Vorstehers in dieser Sache wurde von unseren Genossen ins rechte Licht gerückt. Die Ausführungen unserer Fraktion konnten von keiner Seite widerlegt werden. Daß es im Verlaufe der Sitzung auch unter den Bürgerlichen etwas sehr Lebhaft wurde, daß man sich allerdings lebendwärtige Etulationen wie Lump und bergleichen zuwarf, hat bei der Bildung dieser Leute nicht viel zu sagen. Im Gegenteil: Wie stets bisher, werden sie auch in Zukunft vollkommen einig sein, wenn es gegen die Arbeitererschaft geht. Daran muß die Arbeiterkraft stets denken. Und der ganze Klamaut hat ja schließlich noch den Reizweg, die Arbeiterkraft und ganz besonders die Erwerbslosen und alle übrigen Hilfsbedürftigen abzulenkten von ihrem Kampf ums tägliche Brot. Wir werden dafür sorgen, daß ihnen dies nicht gelingt. — Wie war das am Ende dieses Kommunalbandes? Große Futterladen und nichts dahinter. Alle bleiben in Amt und Würden. Auch die Nazis bleiben. Kommunalband! Ach nee, nur etwas Klamaut bei der Bürger-Einheitsfraktion.

Freiburg

Am Freitag, dem 5. Dezember, 20 Uhr, im Gesellschaftshaus, spricht der aus der SPD übergetretene Genosse Scholaut in einer öffentlichen Versammlung. SPD-Arbeiter, ein ehemaliger Genosse spricht; besucht diese Versammlung trotz heftiger Bonzen. Eintritt frei. Volle Redefreiheit wird jedem zugesichert.

— Alle UJZ-Freunde! Die Anmeldebüchlein zur Unfallbeihilfe sind noch nicht alle eingegangen. Holt dies nach. Alle neuen Leser erhalten den Schein beim UJZ-Kolporteur.

Schönbürg

Lehrlingsausbeutung ist hier an der Tagesordnung

Man schreibt uns: Bäckermeister Lindner, Erlendorf, prügelt seinen Lehrling Scharf mit dem Backstein und läßt ihn des öfteren bis zu 16 Stunden arbeiten. Schon zweimal war der Lehrling fortgelaufen und wollte nicht mehr zum Meister zurück. Deswegen beschimpft die Wirtin des Bäckermeisters den Lehrling mit Sauhund usw. und wollte haben, daß man den Lehrling davonjage. Auf Grund dieser Zustände wurde dem Lehrling das Leben dort zur Hölle gemacht. Eines Tages lief der sonst überaus fleißige Lehrling davon. Wegen den Meister wurde Klage wegen Uebertretung des Nachtschadverbots eingereicht.

Wegen einer gleichen Sache ist auch gegen die Bäckermeister Ubrich, Laßner und Pasler Anzeige erstattet worden. Die Lehrlinge vorerwähnter Meister mußten statt ihr Handwerk zu lernen Semmel und Brot ausfahren. Bei der überaus großen Arbeitslosigkeit wäre es höchste Zeit, dieser Lehrlingsmissetat ein Ende zu bereiten und arbeitslose Bäckerfamilien zu beschäftigen. Alle bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen schreiben viel vom Schul der deutschen Jugend, in der Praxis sieht es jedoch ganz anders aus. Die Jugend wird heute mehr als je ausgebeutet und obendrein noch geteufelt.

Lehrlinge, tretet ein in den kommunistischen Jugendverband und kämpft gegen diese Verflawung.

Striegau

Der Herr Reichstagsabgeordnete spendiert Pferdewurf. Ein sozialdemokratischer Methodiker wendet der Reichstagsabgeordnete Pöhlke zur Rettung seines Mandats an Am vorigen Donnerstag kam er auf den hiesigen Wochenmarkt, wo gerade von den Arbeitslosen über Politik diskutiert wurde. Pöhlke forderte die Arbeitslosen auf, mit ihm in eine Kojtschlägerei zu gehen, er wolle den Arbeitslosen einmal einen Happen ausgeben.

Wäre es nicht besser gewesen, wenn er seine Wahlversprechungen wahr gemacht und im Reichstag gegen die Notverordnungen gestimmt hätte? Von seinen 750 Mark Diäten monatlich ist es für ihn ein Leichtes, für die Arbeitslosen einmal einen Viertelmeter Pferdewurf zum besten zu geben. Aber schwer ist es, für 750 Mark im Reichstag gegen die Notverordnung zu stimmen, weil unsere Kapitalisten einmal tiefer in den Beutel greifen sollten, nicht wahr, Herr Pöhlke?

Wir klagen an

unter nebenstehender Überschrift ist die Broschüre über den schädlichen Prozess erschienen. Jeder Arbeiter muß sie lesen. zu haben in allen Läden.

gelobten, die Pflichten und Aufgaben, die ihnen der Reichstagskongreß gestellt hat, einmütig durchzuführen. Der Genosse Wentrup ging noch näher auf den in Moskau stattfindenden Prozeß gegen die von der CPD erlittenen Konterrevolutionäre ein. Die Versammelten verlangten in einer Resolution von dem russischen Volksgericht die strengste Bestrafung dieser Verbrecher am sozialistischen Aufbau Sowjetlands. Ebenfalls wurde beschlossen, die verbrecherische Dege und schmutzige Schreibweise der sozialdemokratischen wie der bürgerlichen Presse gegen den sozialistischen Aufbau Sowjetlands.

Aufnahmen für Partei und RSD. waren der Erfolg der so gut verlaufenen Versammlung.

Scharfenort

Ein Lehrer als Kommunistenfresser und Arbeiterfeind

Schon lange ist der Kantor Dedert aus Lobendau als Kommunistenfresser bekannt. Anstatt den Kindern das zu lernen, was nötig ist, heißt er gegen die SPD. Im Schulrat sitzt der Dominikaner Jung. Dieser brachte es fertig, die Kinder tagtäglich um 7 Uhr früh in die Schule kommen zu lassen. Warum wohl? Weil Herr Jung noch sehr viel Arbeit hat und die Kinder daher eine Stunde zeitiger kommen müssen. Die Kinder müssen jetzt im Winter, wo es morgens noch finster ist, bisweilen eine Stunde Weg zurücklegen. Sind die Kinder dann abgepannt und verfehlen irgend etwas, schlägt er die Kinder erbarmungslos mit dem Stöckel. Eltern, wollt ihr nun endlich mit diesem Prügelsystem ein Ende machen? Wählt einen proletarischen Elternrat. Außerdem sei noch erwähnt, daß man die Kinder gewaltig zur Arbeit heranzieht, während man ganzen Familien kündigt und sie stempeln schickt. Landarbeiter, auch hier könnt ihr etwas aufbäumen.

Kommunalkandal in Landeshut? ... nur etwas Klamaut bei den Bürgerlichen!

Am Freitagabend lag die sogenannte „geheime“ Stadtverordnetenversammlung, um der hiesigen Bevölkerung etwas Theater vorzumachen. Was war nun eigentlich los? Vor wenigen Wochen haben die Stadtverordneten (Bürgerliche, Nazis, Mittelstand und SPD) einstimmig den Gerichtsassessor Ries aus Westerbode zum Bürgermeister gewählt. Unsere Fraktion hatte sich an der Wahl nicht beteiligt, trotz aller freundlichen Ueberebungen der anderen. Vor einer Woche beruft der Vorsteher Ueberle eine Kommissionsitzung ein und erklärt: Alle Stadtverordneten, die Herrn Ries gewählt haben (die Kommunisten also nicht), sind schmähdlich hintergangen worden! Nanu, was ist denn los? Man höre und staune! Der bürgerliche Stadtverordnete Pretauer hat sich, nachdem Ries in die engere Wahl gekommen war, mit diesem in Berlin getroffen. Dabei stellte sich heraus, daß Frau Ries und Frau Pretauer Bekannte sind aus einer Zeit, wo Frau Ries noch unverheiratet im Elternhause saß.

Diese Feststellung hat Stadtverordneter Pretauer wohl den Stadtverordneten Burkert, Klippel und Schiller mitgeteilt, aber dem Deutschnationalen und Nazifreund Ueberle nicht auf die Nase gebunden. Er hat sogar die ersten zwei ersucht, darüber nicht zu sprechen. Das taten die auch. Vielleicht dachte sie: Wenn schon der neue Bürgermeister protegert wird, dann können wir das auch. Warum soll er gerade von Ueberle und seinem Anhang protegert werden? — Deshalb also große Entrüstung bei Ueberle, Brinkopp und ihrem Nazianhang. Forderung: Herr Ries kann nicht Bürgermeister werden! Oder: Die genannten Stadtverordneten müssen niederlegen! Oder: Wir Deutschnationale und Nazis um und mit Ueberle legen nieder! Also Kampf bis aufs Messer, gegen Schiebung,

gegen Korruption! Heul Hitler! Heul! So kam es zur geheimen Stadtverordnetenversammlung. Und was geschah? Ein bißchen Klamaut bei den Bürgerlichen und der SPD, sonst nichts.

Der Verlauf der Sitzung

Zu Beginn der Sitzung beantragt Genosse Schwerdtner öffentliche Verhandlung, da die Bevölkerung doch schon Bescheid wisse und ein Recht habe, gerade über diese Angelegenheit richtig unterrichtet zu werden. Wie Ueberle sieht, daß fast sämtliche Stadtverordnete für öffentliche Sitzung sind, läßt er nicht erst abstimmen, sondern erklärt aus eigener Machtvollkommenheit: Es bleibt bei der geheimen Sitzung. Nun gab es in der Aussprache etwas Klamaut unter den Bürgerlichen einschließl. Nazi und Sozi. Man merkte manchmal, trotz aller Vorsicht, um die Sache herumzureden, den wahren Hintergrund. Für unsere Fraktion sprach zunächst Genosse Schwerdtner und zeigte die wahren Ursachen auf. Während die Bürgerlichen andauernd betonten, es gehe nicht um die Person des Herrn Ries, sondern um den schweren Vertrauensbruch der Stadtverordneten Pretauer, Burkert und Klippel, sagen wir: es geht nur um die Person Ries. Die Hintermänner dieser Hege seien zu suchen in bestimmten politischen Kreisen der Stadtindustrie. Die Meinung, daß der neue Bürgermeister mittelstandsfreundlich und vielleicht nicht gerade ausgesprochen reaktionär gegen die Arbeiterkraft sei, veranlasse bestimmte Kreise zu dieser Hege. Man will hinterherum erreichen, daß Ries nicht herkommt. Ueber das Verhalten der betreffenden Stadtverordneten wunderte sich die

Niederschlesien

Marklissa

Aus dem SPD-Sumpf

Wir berichten kurz, daß die Säule der hiesigen SPD, Lagerhalter Büchner vom Konium, gestorben ist, und daß dieser alle seine Funktionen niedergelegt hat, da man bei ihm Unstimmigkeiten in der Kasse feststellte (1400 Mark fehlten). Nun hat man ihn zur Beobachtung seines Gesundheitszustandes nach Landau gebracht. Vielleicht soll jetzt festgestellt werden, ob er unzurechnungsfähig sei (oder will man ein Verdachtsmandat lassen?). Ja, es gibt sogar Funktionäre der SPD, die jetzt noch mit dem Büchner durch die dunn gehen und behaupten, die Verkaufsmädchen hätten ihn verführt und er sei ihnen zum Opfer gefallen. Zu den Steigbügelhaltern des Verführten gehört auch der irramme Geldschwarzfänger und Kommunifresser Himmermann Knobloch, dessen Verbohrtheit mit gesundem Menschenverstand nichts mehr zu tun hat. Hoffentlich macht sich bei ihm nicht auch in kurze ein Zustand bemerkbar, der zu Untersuchungen in gesundheitlicher Hinsicht Anlaß gibt. Tag und Nacht sind die Fenster der Büchnerischen Wohnung verhängen, damit kein Prolet hineinkommen kann. Auch die Verkaufserlöse sind entlassen und durch neue ersetzt worden. Ja, es pinkt überall, und der Fall Büchner wird noch lange nicht der letzte gewesen sein.

Wir marschieren!

18 Neuaufnahmen in zwei Tagen

Daß es auch in unserem Orte vorwärts geht, das beweist am besten die Parteibewegung, die sich in den letzten Monaten sehr gut entwickelt hat. Ebenso sind unsere Versammlungen in letzter Zeit sehr gut besucht. In der am letzten Freitag stattgefundenen öffentlichen Versammlung, wo Genosse Dedert sprach, konnten wieder sechs Aufnahmen für die Partei gemacht werden. Die Versammlung war sehr stark besucht. Tags darauf spielte die Landauer Agitproptruppe in der „Sandhänke“ und fand den stürmischen Beifall der Arbeiter. Auch hier gelang es 12 Aufnahmen für die Partei zu machen, so daß insgesamt in zwei Tagen 18 Aufnahmen für die Partei zu verzeichnen waren. Vor der letzten Reichstagswahl bestand die Ortsgruppe aus 12 Genossen; jetzt sind wir über 40 Mit-

glieder, die gut arbeiten. Wir werden weiter vorwärts marschieren, um auch hier am Orte die Proletarier um unser Banner zu scharen.

Greifenberg

An den Pranger!

Folgender Vorfall, der sich beim Fleischermeister Melke in der Bahnhofstraße ereignete, sei hier besonders gekennzeichnet.

Als am Mittwoch, dem 26. November, ein Kutscher bei dem Fleischermeister M. wegen rückständiger Bezahlung von Waren vor sprach, geriet M. in eine loslöse Wut. Er äußerte: „Perl, ich reiße dir den Bauch auf“, und kurz entschlossen holte er ein Schlachtmesser, um sein graufames Handwerk zu beginnen. Nur durch die Ruhe des Kutschers, der ihm energisch entgegen trat, konnte das Unheil verhütet werden. Der Wüterich konnte sich erst nach längerer Schimpfanrede „beruhigen“. Die Greifensberger Arbeiter sollten diesen Vorfall im Gedächtnis behalten. Außerdem wird es höchste Zeit, daß auch manche andere Geschäftskente ihre Arbeiter anders behandeln als bisher.

Haynau

„Geberings Ruute über Schlessien“

Darüber spricht am Freitag, dem 5. Dezember, um 20 Uhr, der Genosse Landtagsabgeordneter Ernst Bollwaber, Breslau, im Schützenhause.

Wir laden hiermit alle Gegner, vor allem die Führer der SPD, sowie der RSDAP, öffentlich ein und sichern ihnen eine uneingeschränkte Redezeit sowie einen Saalraum zu. Arbeiter, Angestellte, Gewerbetreibende! Erscheint reiflos!

Gegen die Konterrevolutionäre in Moskau

Die von der Partei am Freitag durchgeführte öffentliche Frauenversammlung zeigte einen guten Besuch. Die Genossinnen Weber und Keil (Landarbeiterinnen) gaben als Delegierte den Bericht vom 2. Reichs-Frauenkongreß Berlin, welcher von den zahlreich anwesenden Frauen mit Beifall aufgenommen wurde, welche

Die Sturmzeichen in der Breslauer SPD.

Wie die SPD-Arbeiter über die letzte Mitgliederversammlung berichten

In unserem ersten Bericht über die stürmische Mitgliederversammlung in Breslau schreiben wir, daß man zwei Proleten als angebliche Gerichtsterster der „Arbeiter-Zeitung“ ausgewiesen hatte, aber daß man dabei zwei falsche „ermischt“ hatte. Wir sind also trotzdem über den Verlauf vollkommen orientiert und können ohne Überraschung feststellen, daß unsere Prognose über den Verlauf der Versammlung beim Ausschluß W. Müllers zu 100 Prozent richtig war.

Wohl sind sowohl die Weis u. Co. in Berlin als auch ihre rechten und „linken“ Trabanten in Breslau noch so „marxistisch“, daß sie keine Illusionen über die Entwicklung haben. Sie wissen, daß ihre Brutalität bei der Erdrosselung der Opposition den Zerlegungsprozess nicht aufhalten kann, aber so wie der Sturm in der Versammlung am Montag die Zerlegung aufzeigte, wird sie mit ihrer Einschätzung nicht ganz im Einklang stehen. Soweit die Verleumdung von Polke für diese Versammlung dieser Auffassung zuwiderläuft, werden wir auf die Ursache hierfür noch eingehen.

Schon wir uns also zunächst noch einmal die Versammlung mit den Augen von SPD-Arbeitern an. Schwüle — oder, wie uns ein Arbeiter noch richtiger schreibt — es war die Luft — die schon lange vor Beginn der Versammlung die Situation beherrschte. Die neue Parteiverordnung war bekannt, auch die Zustimmung der SPD. dazu. Das mußte eine unheilvolle Atmosphäre schaffen. Nicht umgekehrt hatten die Strategen um Edstein als Ventil dafür ein Thema gewählt, mit dem „linker“ Betrug bisher nicht ohne Erfolg betrieben worden war — Kommunalpolitik. Zwar war auch auf diesem Gebiet die Schuld der SPD. bereits riesengroß geworden. Deshalb glaubte der Referent, der „linke“ Pletsch, dadurch die Situation meistern zu können, daß er die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Schlesien als besonders katastrophal hinstellte, um so eine Plattform zu schaffen, auf der es leichter sei, „linke“ Exzesse an demselben aufzuführen. Und wir müssen gestehen, er gab sich auf dieser Plattform allerhand Mühe. Es handelte sich um so niedrige Aufgaben auf dem Parteitag der SPD. in Berlin, auf die Politik der Reichstagsfraktion. Auch Braun nahm er sich besonders vor, der ja in seiner Person so recht die verdrähteste Politik verkörpert. Über auch, wenn er nicht darauf verzichtet hätte, konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, wie die „Linken“ das ändern wollen, hätte er nicht verhindern können, daß die SPD-Arbeiter auf diesen „linken“ Exzessen anders als sonst reagierten. Walter Müller hatte man durch ein Kommando zur „besonderen Verwendung“ nicht herbeigeholt, man glaubte damit die schlimmste Gefahrenquelle verstopft zu haben, und mußte jetzt durch die Praxis die Richtigkeit unserer Auffassung über die Lage in der SPD. erfahren, daß in Breslau nicht ein Fall Walter Müller entstanden war, sondern etwas ganz anderes.

Und so hagelten statt Belsall die empöresten Zwischenrufe. Statt Zustimmung griff eine noch nie gesehene Erbitterung um sich. Es zieht nicht mehr, so berichtigten übereinstimmend SPD-Arbeiter, wenn auf Berlin alle Schuld geschoben wird.

Und so hagelten statt Belsall die empöresten Zwischenrufe. Statt Zustimmung griff eine noch nie gesehene Erbitterung um sich. Es zieht nicht mehr, so berichtigten übereinstimmend SPD-Arbeiter, wenn auf Berlin alle Schuld geschoben wird.

Die Zwischenerufen beweisen, daß sie den „linken“ Betrug begreifen, wenn auf der einen Seite versucht wird, eine Trennung zwischen Reichspolitik und Landespolitik vorzunehmen, und auf der anderen Seite die Arbeiter erkennen, daß diese Trennung nur ein linkes Mandat ist. Und aus dieser Erkenntnis mußte die Empörung folgen, wenn der Referent ablehnt, solche Maßnahmen für die Proleten vorzuschlagen, die auch die SPD-Arbeiter immer mehr für richtig anerkennen, wie Steuer- oder Mieterstreik.

So zeigte sich schon beim Referat, daß die Plattform für den „linken“ Exkurs faul und brüchig ist und auch den SPD-Arbeitern dieser Exkurs zum Hals herauswächst.

Von stürmischen Zwischenrufen zur offenen Schlägerei

Wenn die Herren Pletsch und Edstein durch die Zwischenrufe beim Referat noch nicht erkannt hatten, daß Walter Müller zwar ausgeschlossen wurde, aber in der SPD. geblieben ist — nicht durch Müller, sondern durch die SPD.-Politik erzeugte — Zerlegungsprozess, dann sollten sie dies bei der Diskussion erfahren.

Raum hatte der erste Redner, Wendel, begonnen, die Reichspolitik zu verteidigen, da war er auch schon erledigt. Als er dann trotzdem den Mut fand, auch noch für das Reichsbanner einzutreten, da war es aus. Mit einem Hohnschrei mußte er abhauen.

Daß gerade sein Eintreten für das Reichsbanner ihm zum Verhängnis wurde, zeigt sehr aufschlußreich, wie tief der Riß ist, den die Zerlegung bereits gezeitigt. Dann kommt Klotz, der zu wichtigen Stellen ausholt. Er war es auch, der den Fall Müller aufrollte und scharf und schonungslos Abrechnung hielt. Von diesem Diskussionsredner wurden auch unmißverständlich Konsequenzen gefordert. Er verlangte Taten statt der „linken“ Phrasen.

Schüler nahm sich den Heilmann vor und prangerte die Auf-

lösung der jungsozialistischen Gruppen durch den Parteivorstand an. Er brachte auch eine Resolution dagegen ein.

Helsen sprach ebenfalls sehr scharf gegen die Rechten, insbesondere gegen Heilmann. Er befaßte sich mit der Gewerkschaftsfrage und forderte statt Terror gegen links eingestellte Genossen scharfe Klassenkämpfe gegen die Brüning-Regierung.

Dier entzündete sich bereits die dicke Luft. Zwischen Reichsbannerleuten und Mitgliedern des sozialistischen Kampfbundes garte es und brodelte es schon von Anfang der Versammlung an. Jetzt entzündete sich dieser Groll, und offen sperrte sich die Luft auf, die in der SPD. durch die Politik der Führerschaft entstanden ist. Es kam zur regelrechten Schlägerei, und fast unheimlich trat die Schuld der SPD.-Führer hier in Erscheinung, weil sie Arbeiter gegen Arbeiter zum Kampf gegeneinander führte.

Da trat der „linke“ Edstein, der Parteivorstandsmitglied, in Funktion, und seine Rolle, die er jetzt spielte, war noch schlimmer wie in der Distriktsversammlung von Walter Müller. Er markierte zunächst den „starlen Mann“, drohte den rebellierenden Arbeitern mit dem Hinauswurf. Dann fing er an sentimentale Töne anzuschlagen, wies auf die „Größe der Partei“ hin und versuchte sich mit dieser Demagogie den Sturm zu beschwichtigen. Aber der Erfolg blieb aus. Die Empörung steigerte sich und wieder war die Prügelei im Gange. Nachdem diese fast eine Viertelstunde gebauert hatte, ging die Diskussion weiter. Harter knöpfte sich den Einzelnen vor und sprach scharf gegen den Metallarbeiterstreik und den Preisabwärtswindel. Als er auch das Reichsbanner angriff, machte der Berichterstatter des „Vorwärts“, Höhne, der bereits einmal die Edstein, Schramm usw. als Demagogen bezeichnet hatte, sich wieder durch Zwischenrufe bemerkbar. Es kam zu neuen erbitterten Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und linken SPD-Arbeitern. Diese Zusammenstöße nahmen einen offen tumultartigen Charakter an. In die 20 Minuten tobte der Lärm. Die Reichsbannerleute rufen wie wild, so daß sich der „linke“ Edstein nicht anders zu helfen wußte, als daß er dem rechten Bauhütten direktor Wölgel das Wort erteilte. Als dieser ähnhlich Wendel die rechte Politik verteidigte, hagelte es wieder von Zwischenrufen der „Linken“. Die Erregung stieg erneut. Dann nahm der „linke“ Ziegler das Wort und verteidigte seine Haltung im Reichstag. Auch er fand zwar einige recht scharfe Worte gegen die Rechten, aber in der Hauptsache durchzieht doch seine „linke“ Rede der Wunsch nach allgemeiner „Verständigung“ mit den Rechten. Er machte dann in Einigkeitssphären und Toleranzsinn, die aber weder bei den Rechten verding, noch die linken Arbeiter befriedigte. Inzwischen war ein neuer Tumult entstanden. Es wurde bekannt, daß während der Schlägerei eine Menge Leute unkontrolliert in den Saal gekommen war. Bei einer darauf vorgenommenen Kontrolle kam es zu unbeschreiblichen Szenen. Arbeiter rissen sich gegenseitig die Kleider herunter.

Schließlich ließ ein Schlußantrag ein, der unter ungeheurem Tumult angenommen wurde. Es waren noch sieben Redner gemeldet, darunter auch der Sekretär des Reichsbanners, Kulliel, c3hynfi.

Dann kam der Fall Müller noch zu einer kurzen Behandlung, bei der Edstein, getrennt der Wütelrolle, die wir bereits an anderer Stelle aufzeigten, den Ausschluß verteidigte. Es kam dann noch zur Sprache, daß auch gegen Schramm ein Untersuchungsverfahren eingeleitet ist. Als Edstein zur Abstimmung schreiten wollte, trat der Sekretär des Reichsbanners vor und erhob gegen die Annahme einer Resolution Protest, die in einer Erwerbslosenversammlung der SPD. angenommen worden war und in der eine besondere proletarische Wehrorganisation gefordert wurde. Er bemerkte, daß dies unzulässig sei, weil der Parteivorstand bereits das Reichsbanner als die Wehrorganisation der SPD. erklärt habe.

Diese Provokation der „linken“ SPD-Arbeiter entzündete einen neuen Sturm, der dazu führte, daß der Sekretär des Reichsbanners dieses zum Verlassen des Saales aufforderte. Die Reichsbannerleute verließen unter ungeheurem Lärm den Saal.

Dann nahm Edstein noch einmal das Wort, um auch den Schluß der Versammlung mit einem „linken Exkurs“ zu machen. Er verherrlichte die rote Fahne, feierte die Einigkeit und schloß mit patriotischen Phrasen über die „Matrosen von Cattaro“. Eine Resolution, die sich gegen die Haltung der SPD. in der Erwerbslosenfrage, und eine weitere gegen die Auflösung der Jungsozialisten, wurden dann angenommen.

Eine Würdigung dieser in der Versammlung gutgeheißenen Erklärungen in Zusammenhang mit der Art, wie die „Sozialist“ darüber berichtet, werden wir noch vornehmen.

Der „linke“ Edstein als Büttel des Parteivorstandes

Stürmische Distriktsversammlung der SPD. — Bonzen hauen ab!

„Wir stehen hier auf dem Standpunkt, daß es besser ist, wenn Funktionäre und Mitglieder entscheiden, als wenn dies der Obergenosse Ernst Heilmann tut.“

Ernst Edstein-Breslau im „Massenlampf“ (1. Dez.).

Wir bearbeiten nachstehend einen Bericht aus einer Distrikts-Mitgliederversammlung der SPD. in Breslau, in welcher der ausgeschlossene Walter Müller den Vorsitz hatte.

Abwärtlich haben wir an die Spitze die Auslassungen Edsteins gesetzt. Er hat obige Sätze geschrieben, als die Mitgliederversammlung, über die wir berichten, bereits getagt hatte. Sie sind am gleichen Tage erschienen, jene Edstein-Sätze, an dem er als Leiter der Generalmitgliederversammlung in Breslau durch ein besonderes Kommando dem Walter Müller die Teilnahme an der Versammlung verweigert hat. Wer aus dem nachfolgenden Bericht die Büttelrolle dieses „linken“ Betrügers noch nicht verstanden sollte, der halte sich die vorstehenden Tatsachen vor Augen.

Wir haben am Tage, nach dem wir den Ausschluß Müllers gemeldet hatten, geschrieben, daß der „Ausgeschlossene“ mit einigen Hundert Genossen vor das Breslauer Gewerkschaftshaus marschiert war und dort eine Ansprache gehalten hat. Das war bereits ein wichtiger Protest gegen die Weis und Konjorten und ihre rechten und „linken“ Trabanten in Breslau. Darauf fand am vorigen Donnerstag eine Funktionäerversammlung des Distriktes statt, den Müller leitete.

Mit 13 gegen nur 1 Stimme entschieden sich die Funktionäre für Müller.

Am Tage darauf war Mitgliederversammlung dieses Distriktes. Edstein wußte, daß die Funktionäre sich mit Müller solidarisiert hätten. Über derselbe Edstein, der am 1. Dezember sich im „Massenlampf“ für die Entscheidung durch Funktionäre und Mitglieder begeistert, er kam in diese Mitgliederversammlung mit der ausgesprochenen Absicht, die Rechte der Mitgliederversammlung brutal zu zerschlagen.

„Der Parteifunktionär ist, wer gewillt ist, seine ganze Kraft in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen, der ist bei uns dazu berufen, an der Willensbildung der Partei mitzuarbeiten.“

Edstein im „Massenlampf“ am 1. Dez. 1930.

Wir haben hier noch ein paar Sätze aus demselben Artikel Edsteins eingeschoben, aus dem wir eingangs bereits einige zitiert. Unsere Leser werden gleich sehen, aus welchem Grunde. Walter Müller gehört — das wird Edstein selbst heute noch nicht bestreiten — zu jenen Funktionären, die „zur Willensbildung in der Partei“ berufen sind, und dazu gehörten auch die Funktionäre, die noch nach dem Ausschluß zu ihm standen. Was aber tut der „Willensbildner“ Edstein? Er kam in die Mitgliederversammlung in Müllers Distrikt mit einem Haufen von Bonzen und deren Frauen, die außer gut bezahlter Funktionärsarbeit für die Partei keinen Finger krümmen machen. Den Bonzenweibchen insbesondere fällt es nicht nur nicht ein, sich das Recht zur Willensbildung auch nur durch eine Flugblattverbreitung zu erwerben, sondern sie sehen sogar mit Ceringschätzung auf die sozialdemokratischen Arbeiter herab, die ihre Kraft in den Dienst der Arbeiterbewegung stellen.

Und ausgerechnet mit dieser Korona nahm Edstein in der Distriktsversammlung den Kampf zur Abwürgung Müllers auf. Als er in der Versammlung erschien und sah, daß der ausgeschlossene Walter Müller die Versammlung leitete, war er genau so „empört“ wie die rechten Bonzen und ihre Gemahlinnen, unterstützte er genau so wie diese die Forderung, „Müller recht außerhalb der Partei, er müsse deshalb die Versammlung verlassen“. Er tobte mit den eigenen sozialfaschistischen Verrätern, bis Müller sich entschloß, die Entscheidung den Mitgliedern selbst zu überlassen. Er trat die

Stellung einem anderen Genossen ab, der nun durch Abstimmung feststellen sollte, wer hinter den Bonzen und Edstein steht.

Mit 58 gegen 14 Stimmen lautete das Verdict für Walter Müller — gegen die Bonzen.

Diese überwältigende Mehrheit gegen Müllers Ausschluß zeigte eindeutig, wo die Arbeiter stehen, denn die 14 Stimmen gegen ihn, das waren Bonzenstimmen. Edstein als Steigbügelhalter dieser 14 hatte Fiasko gemacht. Er hatte vergeblich als Büttel des Parteivorstandes die Mitglieder aufgeputzt.

Und nun entpuppte sich jene Gesellschaft so recht. Anstatt den Willen der Majorität zu achten, mimten sie erneut „Entrüstung“, die aber von den Arbeitern so beantwortet wurde, daß sich die Gesellschaft gezwungen sah, fluchtartig das Lokal zu verlassen, was aber bei den anderen direkt freudig begrüßt wurde, bis auf den „linken“ Edstein, der nicht türmte, weil er seine Büttelrolle noch nicht zu Ende gespielt hatte.

Nach dem Abzug der Bonzen und ihres weiblichen Anhangs wurde erneut die Versammlung befragt, und einstimmig konnte Walter Müller seine Stellungnahme vor den Mitgliedern zu dem Ausschluß vorlegen. Diese wurde von den SPD-Arbeitern ausnahmslos geteilt. Seine Ausführungen bewegten sich in derselben Richtung wie in der Funktionäerversammlung, über die wir seinerzeit berichtet hatten.

Dabei zeigte sich allerdings, daß er immer noch nicht von allen Illusionen befreit ist. Er beschwor Edstein förmlich, dieser möge sich wenigstens zu der Konzession herbeilassen, seinen Ausschluß wenigstens in der Art, wie er von Berlin vollzogen wurde, zu mißbilligen. Er wollte Edstein sogar zubilligen, daß dieser selbst einen Ausschlußantrag gegen Müller stellen sollte, nur um das eine kämpfte er, nicht einladend ohne Verfahren ausgeschlossen zu werden. Edstein, derselbe Edstein, der sich am 1. Dezember im „Massenlampf“ für die Entscheidung der Mitglieder und Funktionäre einsetzt, bleibt hier der Büttel der Weis und Co. Er blieb auf seinem ablehnenden Standpunkt bestehen. Müllers Abwürgung nach dem Muster der Brüning-Notverordnungen war nach seiner Auffassung zu Recht erfolgt. Dabei verdient es noch besonders hervorgehoben zu werden, daß Edstein in dem mehrfach zitierten Artikel im „Massenlampf“ von Müller als „Ankläger“ nichts weiter zu sagen weiß:

„... es kommt vor, daß jemand, wie Walter Müller, Tölpelheit begeht, die kein Sozialdemokrat gutheißen kann.“

Walter Müller hat keine Arbeiter erschrecken lassen wie der Parteigenosse Edsteins, Höhne in Dunschau, der, obwohl von eigenen Genossen überführt, noch immer Mitglied der Partei ist, er hat „nur Tölpelheiten begangen“, aber trotzdem ist seine Abwürgung nach Edsteins zu Recht erfolgt.

Edstein schreibt am 1. Dezember die an der Spitze wiedergegebenen Sätze ausdrücklich gegen Heilmann. Am 23. November übertritt er in der Mitgliederversammlung gegen Walter Müller jählich das Recht, für das er drei Tage später noch den „Mut“ öffentlich einzutreten. Diese offene Selbstentlarvung bedarf keines weiteren Kommentars. Den sozialdemokratischen Arbeitern aber sagen wir noch so gerne: In unserer Antwort an Walter Müller schreiben wir am 14. November:

„Müller irrt, wenn er glaubt, daß die „linken“ Krausld, Edstein usw. sich, wenn auch nicht aus eigener Erkenntnis, so doch unter dem Druck der Arbeiter, zur revolutionären Frontstellung entwickeln werden.“

Diese unsere Einschätzung der Edsteiner hat sich nicht nur in der Distriktsversammlung Müllers, sondern noch viel deutlicher in der allgemeinen Mitgliederversammlung als absolut richtig erwiesen. Da Walter Müller nun ebenfalls zu dieser Einsicht gekommen ist, sei dahingestellt, unsere Aufgabe aber muß es sein, den sozialdemokratischen Arbeitern diese sowie noch manche andere Illusion zu rauben und ihnen zu zeigen, daß ihr Maß nur sein kann in der SPD.

Bergeht die politischen Gefangenen nicht!
In jedem Betrieb, in jedem Arbeiterhaus sammelt für die Winterhilfe der Roten Hilfe!

Regenersteuer und Schankverzehrssteuer in Langwaltersdorf einstimmig abgelehnt

In der Gemeindevorstandssitzung vom 20. November hatte der säkularisierte Gemeindevorstand ein sehr warmes Herz für die toten Pumpeln in Alsdorf und Maybach und bat Gott, daß er uns vor solchen Schicksalsschlägen bewahren und sich der Hinterbliebenen annehmen möge. Für die Lebenden hat man nichts übrig, die Phrasen für die Toten kosten nichts.

Wer glaubt, daß man es mit der Ablehnung der Bürgersteuer ernsthaft nimmt, der irrt sich. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft und die SPD. haben nur deshalb abgelehnt, weil der Etat nicht überschritten ist. Sollte jedoch der Wohlfahrtsetat überschritten werden, dann werden sie der Bräutigams Notverordnung schon Geltung verschaffen und auch hier die Regenersteuer einführen. Diefelbe Schaufelpolitik der SPD. und Bürgerlichen zeigte sich bei der Getränkesteuer, den Haupttreffer macht natürlich der SPDist Gerberich. Um die Dedungsfrage praktisch zu lösen, empfiehlt er, die Getränkesteuer abzulehnen, dafür aber bei der Regierung dahin zu wirken, daß die Tabaksteuer erhöht werde. Beim Punkt „Winterbeihilfe für die Erwerbslosen“ trat die SPD. allein dafür ein und forderte, den Betrag auf 400 Mark zu erhöhen. Zur Frage der Dedung empfiehlt der Gemeindevorstand K u n z e, an die Regierung heranzugehen, daß sie für Geld Sorge. Nach Meinung der SPD. geht das nicht, und schon war die Einheitsfront zwischen SPD. und Bürgerlichen wiederhergestellt. Der Antrag der SPD. wurde dann von dieser Einheitsfront abgelehnt.

Guhrau

Guhrau. Die Ortsgruppe der SPD. veranstaltet am Sonntag, dem 7. Dezember, abends 7 Uhr, einen proletarischen Abend bei Fischer, Steinweg, wozu wir alle Werktätigen einladen. Eintritt für Gewerkschaftler 20 Pf., Volkarbeiter 40 Pf. Es spielen die roten Rebellen, Slogau. Um 10 Uhr vormittags findet die Einbescherung durch den Gewerkschaftsausschuß statt.

Goldberg

Es geht auch in Goldberg vorwärts

Die am 29. November von der SPD. Ortsgruppe Goldberg einberufene öffentliche Versammlung war gut besucht. Genosse R. behandelte das Thema „Kampf dem Faschismus“. Er zeichnete in scharfen Worten die Gefahr, welche von Seiten der National- und der Sozialfaschisten uns droht. Die Ausführungen des Referenten wurden oft durch Beifallsstürme unterbrochen. Die ganze Versammlung war von einer Kampfstimmung erfüllt. Fünf Ausnahmen für die Partei wurden gemacht. Eine Resolution, die einstimmig angenommen wurde, begrüßt das Vorgehen der russischen Brüder gegen die Schädlinge in der Sowjetunion. Mit dem Aufruf an alle Arbeiter, Kleinbauern und unteren Beamten, sich einzureihen in die rote Massenfront und mit dem Kampf zu führen für ein Sowjetdeutschland, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Note Hände und brennend rotes Gesicht wirken uns ein. Ein wirksames Mittel dagegen ist die kühlende, reizmildernde und schneel-weiße Creme Veodor, auch als herrlich duftende Puderunterlage vorzüglich geeignet. Ueberraschender Erfolg, Tube 1 Mk., wirksam unterstützt durch Veodor-Edelfeife, Etüd 60 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben. **Vorriegelapreise!**

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17

Heute und morgen, 5 und 8 Uhr:

Ein Film für die Arbeiterfrau

Frauennot u. Frauenglück

Der Schandparagraf 218 — Abtreibung oder Geburt

Mit Vortrag einer Aerztin

Die Todeszede von Hausdorf

Zeitprobleme und Frauensorgen

Jugend verboten!

Erwerbslose bis 5.30 Uhr 25 Pf. sonst 50 Pf.

Besucherkreis 50 Pf. sonst 70 Pf.

Nicht vergessen

zu jeder Mahlzeit



Christ-Brot essen

LIEBICH
Täglich
2 Vorstellungen
4.15 u. 8.15 Uhr
Beifallsstürme
für
**Sylvester
Schäffer**
Nachmittags
halbe Preise
und
Vollprogramm
Ruf 348 48

Monistische Gemeinde Breslau e.V. Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit

Freitag, den 5. Dezember 1930,
19.30 Uhr:

Wichtige

Mitgliederversammlung

im Saal Grünstraße 14/16

Vortrag des Geschäftsführers unseres Bundes Karl Peter - Leipzig. Thema: Ist der Volksbund für Geistesfreiheit notwendig? Anschließend Aussprache. Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen. Der Vorstand.

Schuhwaren

nur bei
Wilhelm Vogel
Scheuninger Straße 12
Friedrich-Wilhelm-Straße 60
13562

Gaststätte „LIEBICHSHÖHE“

Inh. A. Andersch Telefon 272 33

Spezial-Ausschank der Haselbach-Brauerei
133/9

Reinhold Weise Schießwerder-
straße 30
Getreide-Dampfbrennerei
Likörfabrik / Gaststätte

Max Berndt
ff. Fleisch u. Wurstwarenfabrik
Bergmannstraße 14

G Führer durch die Geschäftswelt G

Breslau - Zentrum

R. Karsunky & Co., Möbel

Rosenhaler Straße 2
Ecke Maffhiasstraße
2735

Breslau - Zentrum

1421 Molkerei

Scheloske & Sohn

Klein Tschansch bei Breslau

Grünberg

KUNELLA GOLD
mit den wertvollen
UNELLA BONS
allein erhältlich in der
UNELLA-BUTTERHANDL.
2451

Liebau

Woll- u. Baumwoll
waren, Trikotagen
Inletts / Bettfedern
**Emil
Bodmann**
Nikolaistraße 3
1698

Süddeutsches Leinwandgeschäft
C. A. FRENZEL & SOHN
Berkniskleidung / Wäsche / Trikotagen
1491

Alois Hampel, Waldenburger Str.
Inh.: Ignaz Bender 8-1
empf. sämtl. Kolonial- u. Tabakwaren

Ohlau

... nur mit Gas!
rasch, sauber, billig
Raf und Auskunft
beim Gaswerk Ohlau
1240

Lauban

Trinkt **Laubaner Korn!**
EDMUND SCHUBERT
Weinbrennerei
1684

Radio-Haberecht, Naumburger Str. 34
1685 altrenommiertes Spezialgeschäft

Wurstfabrik Gerhard Hentschel
Frühstücksstube / Versandhaus
für Dauerware / Fernspr. 233
1687

BRUNO KLETTE, Richterstr. 14
1688 Papier / Bürobedarf

ANTON PILZ, Brüderstraße 13
Müllensprodukte, Hölzenerzeugnisse, Kolonialwaren
1689

H. SÜSSMANN, Brüderstraße 17
Tischler- u. Buchbinderei, Innendekoration
1690

Görlitz

J. HORN
Inhaber Hermann Horn
Görlitz
Steinstraße Nr. 1
1921

Sprottau

Otto Großmann, Jüdenstraße 3
Fahrräder und Nähmaschinen
Eigene Reparaturwerkstatt
1944

Waldenburg

Kauft bei
Jacobsohn
Garfenstraße 6
1210

Pfänderversteigerung

im Versteigerungsraum

Berliner Platz 2

Donnerstag, den 11. Dezember
vormittags 9 Uhr

rote Scheine bis Nr. 87 000

gelbe Scheine bis Nr. 10 000

Einlaßkarten sind gegen Stellung-
sicherung von Mk. 10.— im Verkaufsraum
abzuholen.

**Gemeinnütziges Pfandleihhaus
der Stadt Breslau G. m. b. H.**

G m e s s, Direktor.

Herzberg & Co.

Höfchenstraße 48 Bülcherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 Michaelisstr. 3
Frankfurter Str. 103, geg. d. Schlaachthof

Kleinen an:

Vom Faß

Breslauer . . . 32% = 2.85
Weinbrand-Verschnitt . . . 38% = 3.45
Weinbrand echt . . . 38% = 4.40
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jam.-Rum-Verschnitt . . . 3.60

Weine vom Faß

Rot- und Rheinwein . per Liter 0.80
Muskateller 1.00
Wermutwein 1.00
Tarragona 1.20
Malaga 1.30
Ungar.-Süßwein 1.50

98% Prima Spirit . . per Liter 7.00

Total-Liköre einschl. Flasche

Meisterwerke der Destillierkunst
Curacao, Goldwasser, Niorange,
Crème de Cacao, Stionsdortier, Atlasch
Pfeffermünz, Rose, Prunelle, Sherry
Brandy, Kurlbrist, Magen, Halb und
Halb etc.

30% Mk. 3.10 35% Mk. 3.60

Molkerei und Milch-Großhandlung

Christoph Hümmer
Breslau, Lehmgrubenstr. 5

Verkauf durch Läden u. Klingel-
wagen / Achtet auf die Firma!

Kauft bei Blasse

Blasse
ist billig!

BRESLAU
Nur Graupenstraße 6/10

M. Kricke

empfiehlt
Lebensmittel aller Art
Reelle Bedienung, niedr. Preise
Breslau, Löschstraße 17
9 Prozent Rabatt!

Tausche
jede spielbare
Schallplatte
in eine andere
nach Wahl bei Zu-
zahlung: 45 Pf. an
Größtes Tausch-
geschäft am Platze
Tausche auch
ohne Zuzahlung
**Schallplatten-
Bergmann**
BRESLAU
Karlstr. 1. (Lassalle-
platz) II. Etage
Ankauf gebrauchter
Schallplatten

Inferate
haben in unserer
Zeitung
besten
Erfolg

Den eleganten Herren- Mantel und -Paletot für den Winter kaufen Sie sich sofort denn der Winter ist jetzt da

Meine Preise sind die niedrigsten!

Meine Ware ist gut in Qualität, Sitz und Verarbeitung

Mantel in neuest. Farben, mit Rund-
oder Rückengurt, auf Kunst-
seide verarbeitet . . . 48.00, 36.00 **26.00**

Paletots m. Samtkrag, in schwarz
und marengo, auf Kunst-
seide . . . 48.00, 35.00 **25.00**

Ulster-Paletots la Quali-
täten, tadel-
loser Sitz . . . 89.00, 69.00 **49.00**

Winter-Joppen in glatter
form, molligwarm gefüttert . . . von **9.25**
an

Bekleidungs-
haus **Julius Ruben**
Frankfurter Str. 60/62, Kattelle d. Straßenbahn! 5. G. 16
am Bahnhof Nikolaitor

Trebnitzer Robfleischerer
Markthalle I u. II
Breslau, Gasstraße, Stand 218/19
empfiehlt alle Sorten
frische Fleisch- und Wurstwaren
Paul Martin

Cederjacken
gegenüber
der
Markthalle!
Garfensitz 20
Lombard u. Wahrenhaus
HAMBURG